

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2015



Propaganda-Gefechte um Nord-Korea

Jugendweihe in der DDR

Lernfreiheit und Kreativität

Aktuell

- 3 Häftlingshilfegesetz
Instinktilosigkeit
„Aufbruch und Einheit“
Aufarbeitung vor Olympia
Rücktritt

Recht

- 4 Lahmer Amtsschimmel
Neuer UOKG-Mitarbeiter

International

- 5 Propaganda-Gefechte
Rote Fahnen auf den Klöstern Tibets
Auskünfte zu sowjetischen Kriegsgefangenen

Thema

- 6 „Ja, das globen wir!“ – Jugendweihe in der DDR

17. Juni 1953

- 8 Ihr wolltet einen dritten Weltkrieg anzetteln!

Geschichte

- 10 Das Schwert des Eroberers
Sieben Monate Wand an Wand
- 11 Dokumentiert

Berichte

- 12 Lernfreiheit und Kreativität
Palmsonntag in Sachsenhausen
- 13 Thüringer Abgeordneten-Überprüfung

Verbände

- 14 Neuer Vorstand
Suchanzeigen
- 15 Führungen in Hoheneck
Radio-Feature
Abschied
Ausstellung

Service/Bücher

- 16 Sie dürfen nicht umsonst gestorben sein
- 17 Das Wüten der Roten Armee 1945
- 18 Forelle grau
- 19 Noch einmal: Häftlingsfreikauf

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Schüler in der Ausstellung „1989 und der Mauerfall – Wie hast du’s erlebt?“ des Wildermuth-Gymnasiums in Tübingen. Ein Projekt der Fachschaften Geschichte und Gemeinschaftskunde, dessen Ergebnisse nachzulesen sind im Beitrag auf Seite 12.

Foto: Friederike Koch

Schuldsuche

Von Horst Schüler

Deutsche neigten dazu, sich selbst anzuklagen und Schuld zuerst bei sich zu suchen, heißt es. Aber stimmt es auch?

Beginnen wir mal mit der Potsdamer Garnisonkirche. Sie wissen schon: Evangelisches Gotteshaus, berühmtes Glockenspiel „Üb immer Treu und Redlichkeit“, kurz vor Kriegsende von Bomben getroffen, die Ruine 1968 gesprengt, weil die Garnisonkirche für Ulbricht preußischen Militarismus symbolisierte. Heftiger Streit um den Wiederaufbau. Bei einem Diskussionszirkel sagte eine junge Pastorin: Wenn diese Kirche wieder aufgebaut wird, „dann darf kein Stein auf dem anderen liegen ohne ein Schuldbekenntnis, daß unsere Mütter und Väter Täter waren“. Darum geht es mir, einem Angehörigen der Generation, die als Kinder Weimar noch erlebten und danach als Jugendliche und junge Erwachsene Hitlers Verbrecherregime, einschließlich Krieg. Einer aus dem Kreis der Mütter und Väter also, die für die Geistliche ausnahmslos Täter waren.

Ach, was macht ihr Jungen es euch leicht mit dem Urteil über die Generation eurer Väter und Mütter. Unterschiedlos alle in Sack und Asche. Ihr solltet doch in der DDR gelernt haben, wie es in Diktaturen zugeht. Daß dort Widerstand in Folter und Tod treibt, und die große Masse sich deshalb aus verständlicher Furcht anpaßt. Ihr dagegen lebt in einem Rechtsstaat, in dem ihr angstfrei gegen alles demonstrieren dürft. In dem ihr frei reden könnt, was immer euch einfällt. In dem niemand den Medien vorschreibt, was sie zu berichten haben. Ja, es hindert euch sogar niemand, euren Staat zu bekämpfen, seine Ordnungshüter zu beschimpfen und anzugreifen. Ihr habt weiß Gott leicht reden. Und ihr liefert ein Beispiel für die These, es sei eine unserer Hauptbeschäftigungen, uns selbst in Frage zu stellen. Wobei noch bei vielen eine bestürzende historische Unkenntnis dazu kommt. Was sie aber nicht hindert zu urteilen.

Da gehören wir in der EU zu den Ländern, die mit Abstand die meisten Flüchtlinge

aufnehmen. Gut so, eigentlich sollten wir unsere Hilfsbereitschaft loben. Doch in der öffentlichen Diskussion wird die deutsche Flüchtlingspolitik heftig kritisiert, vielfach auch Deutschlands koloniale Vergangenheit für die Massenflucht aus afrikanischen Staaten verantwortlich gemacht. Einem Franzosen oder Engländer würde das nicht im Traum einfallen, deren Staaten ja eine weit ärgere koloniale Geschichte haben. Unbeachtet bleibt auch, daß korrupte afrikanische Machthaber sich an finanziellen Hilfen bereichern, derweil sie die Not ihrer Bürger kalt läßt.

Da wird der Völkermord an den Armeniern endlich auch bei uns Völkermord geheißen, nicht aber ohne den Verweis, daß wir Mitschuld daran zu tragen hätten. Na klar!

Da sind wir stolz darauf, ein Rechtsstaat zu sein, deren oberstes juristisches Organ das Bundesverfassungsgericht ist. Doch so manche Urteile haben einigen Parteien im Bundestag nicht gepaßt, weshalb sie daran arbeiten, den Gestaltungsraum des Gerichts einzuengen.

Es scheint also nicht falsch zu sein, wenn behauptet wird, Deutsche kritisieren sich lieber selbst, bevor sie Schuld bei anderen suchen. Und daß so manche historische Fakten in Vergessenheit geraten sind, wird ja auch von uns oft bemängelt. Nun ist Unwissenheit keine Schande, fatal wird sie allerdings, wenn sie mit falschen Darstellungen Hand in Hand geht. Eine deutsche Historikerin hat dafür jüngst ein peinliches Beispiel gegeben. Unterstellte sie doch in einem Buch amerikanischen Soldaten, sie hätten bei der Besetzung Deutschlands ähnliche Vergewaltigungsorgien an deutschen Frauen begangen wie die Krieger der sowjetischen Armee.

Einen Kommentar schenken wir uns lieber.

Häftlingshilfegesetz

(st) Die UOKG hat anlässlich einer geplanten Neuregelung des Häftlingshilfegesetzes, die besonders auch die 1945 von östlich der Oder und Neiße zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportierten deutschen Zivilisten betrifft, ihre Forderungen in Schreiben an den Bundesinnenminister und andere Politiker dargelegt. Bei der Änderung geht es auch um eine Gleichbehandlung der Opfergruppen. Damit ist gemeint, daß die 1945 von östlich der Oder und Neiße zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportierten deutschen Zivilisten statt der bei einer zusammenfassenden Zahlung für die nächsten sechs Jahre eigentlich erwarteten 6000 Euro (bei bisheriger Zahlung von 1000 Euro jährlich) nur eine

Gesamtzahlung von 3000 Euro erhalten sollen.


Die UOKG spricht sich gegen eine Reduzierung dieser zusammenfassenden Zahlung um 3000 Euro aus. Ihre beiden Kernforderungen in Bezug auf die Zivildeportierten sind: Zivildeportierte, die bisher jährlich 1000 Euro Unterstützungsleistungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge erhalten haben, sollen eine, die nächsten sechs Jahre zusammenfassende Zahlung in Höhe von 6000 Euro erhalten. Zivildeportierte, die trotz ihres hohen Alters und der Strapazen ihrer Zwangsarbeit die kommenden sechs Jahre überleben, sollen auch danach noch Zahlungen erhalten können. 

Instinktlosigkeit

Das Bautzen-Komitee hat erklärt, daß die Kandidatur von Hans-Joachim Hentschel für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Bautzen ein Schlag ins Gesicht aller derjenigen sei, die unter der DDR-Diktatur aus politischen Gründen eingesperrt wurden. Wer einst als IM unter dem Decknamen „Hans Mozart“ die eigene Bevölkerung ausspioniert habe, könne nicht ernsthaft erwarten, daß diese Bevölkerung ihm heute ihr Vertrauen schenke.

„Auch wir meinen mit Stadtrat Claus Gruhl von den Grünen, daß es an In-

stinktlosigkeit nicht mehr zu überbieten ist, wenn ein ehemaliger hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter ausgerechnet in der Stadt Oberbürgermeister werden will, die durch ihr Stasi-Gefängnis in der DDR einen mehr als zweifelhaften Ruf hatte.


Da eine Aufforderung an Herrn Hentschel, deine Kandidatur zurückzuziehen, vermutlich ohne Erfolg sein würde, vertrauen wir bei der Wahl am 7. Juni 2015 auf die Weitsicht der Bürger der Stadt Bautzen.“ Sie würden dem Kandidaten die richtige Antwort geben. 

„Aufbruch und Einheit“

Online-Dokumentation zur letzten DDR-Regierung:
www.deutsche-einheit-1990.de

(sta) Am 12. April wurde die letzte DDR-Regierung von der Volkskammer ins Amt gewählt. 25 Jahre später präsentiert die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur mit der Webseite „Aufbruch und Einheit. Die letzte DDR-Regierung“ eine multimediale Dokumentation der Regierungsarbeit, die am 8. April 2015 online gegangen ist. Die Webseite bietet umfassende Einblicke in die Arbeit der letzten DDR-Regierung und ihrer Protagonisten, die mit Dokumenten, Bildern, Filmmaterial und Zeitzeugeninterviews anschaulich dargestellt wird. Zunächst sind rund 100 Originaldokumente, etwa 200 Fotos sowie 50 Videos und Zeitzeugeninterviews verfü-

bar. Die Angebote sollen in den folgenden Monaten für alle Ministerien kontinuierlich erweitert und ausgebaut werden.


Die veröffentlichten Quellen richten sich nicht nur an die Wissenschaft und Studierende, sondern auch an Lehrkräfte, Multiplikatoren der historisch-politischen Bildungsarbeit, Schülerinnen und Schüler und an alle zeitgeschichtlich Interessierten. Das Projekt wird realisiert in Kooperation mit dem Bundesarchiv, dem Deutschen Rundfunkarchiv und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg sowie mit finanzieller Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. 

Aufarbeitung vor Olympia

(st) Der Doping-Opfer-Hilfeverein (DOH) hat anlässlich des deutschen Vorhabens, sich mit Hamburg um die Olympischen Spiele zu bewerben, die umfassende Aufklärung der Dopinghypothesen in Ost und West gefordert. Auch die vielen Dopingopfer im deutschen Spitzensport würden bisher vergeblich auf nachhaltige Hilfe warten. Der DOH hat deshalb sein Konzept für einen „Akutfonds des Sports“ vorgelegt. Es sieht die Regulierung der drastischen Spätfolgen von ca. 2000 Dopingopfern vor, des weiteren juristische Hilfe, den Aufbau eines Ärzteteams, die Gewährung von Einmalzahlungen in Akutfällen sowie beim Tod an Angehörige, Hilfen zur Erlangung von Akteneinsicht, die Finanzierung eines transdisziplinären Forschungsprojekts, das die Geschichte des deutschen Sports aus der Perspektive seiner Opfer beschreibt, sowie die Durchführung einer medizinischen Langzeitstudie mit den Betroffenen. Der DOH fordert den organisierten Sport sowie die Politik auf, bis zum Sommer 2015 zu prüfen, inwieweit die symbolische Summe von 32 Millionen Euro – es ist derselbe Betrag, der bei der Olympiabewerbung für München ohne Erfolg ausgegeben wurde – eine verantwortlich humanitäre Lösung darstellt. 

Rücktritt

(st) Der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner, ist zurückgetreten. Durch verschiedene gesundheitliche Einschränkungen, die aus seiner politischen Haft in der DDR resultieren, sei er in seiner Tätigkeit für die Opfer beeinträchtigt. Weil seine politische Autorität vom Amt des UOKG-Bundesvorsitzenden herkomme, lege er gleichzeitig alle weiteren politischen Funktionen in Verbänden und Gremien nieder.

Rainer Wagner war seit 2007 Bundesvorsitzender der UOKG und seit 2014 Bundesvorsitzender des Häftlingsverbandes VOS. Beide Verbände bedauerten den Rücktritt, äußerten aber Verständnis dafür. Bis zur Wahl eines neuen UOKG-Vorsitzenden nehmen die beiden Stellvertreter, Roland J. Lange und Ernst-O. Schönemann, satzungsgemäß die Belange des Dachverbandes wahr. 

Lahmer Amtsschimmel

Auszahlung erhöhter Leistungen verzögert sich teilweise

Mit Inkrafttreten des Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR ab Januar 2015 erhöht sich die sogenannte Opferrente nach dem StrRehaG von 250 Euro auf monatlich bis zu 300 Euro, und die monatlichen Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG werden jeweils um 30

bzw. Mitarbeitern leider verborgen geblieben.

Der prekärste Fall ist von Bremen bekannt. Hier trifft es bis heute mindestens 100 Berechtigte, die die erhöhte Opferrente noch nicht erhalten haben. In dem zuständigen Referat redet man sich auch nicht wie vielerorts mit hohem Krankenstand oder ähnlichem heraus, im Gegenteil, es wird mit Hochdruck gearbeitet. Den frustrierten Betroffenen wird behördlicherseits erklärt, daß in letzter Zeit viele Dinge liegengeblieben seien, weil man nur noch für die Flüchtlinge arbeiten müsse und mit der Opferrente es noch dauern werde. Wenn aber solche Auskünfte gegeben werden, muß die Frage erlaubt sein, ob die Behörde es darauf anlegt, bei diesem Thema den Druck aus der Bevölkerung auf die Politik zu erhöhen. Zumindest spielt sie letztendlich eine Opfergruppe gegen die andere aus. Eine persönliche Recherche hat die Auskünfte bestätigt. Es konnte kein Zeitpunkt der Lösung dieses Problems genannt werden, weil die zuständige Mitarbeiterin nicht wußte, wann sie es schaffen wird, die entsprechenden Belege zu fertigen und zu versenden, was sie ohnehin an einem Wochenende tun müssen.

Probleme bei der Zahlung von Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG hat es immer gegeben, im Jahre 2014 wieder verstärkt wegen der ständigen Umstrukturierungen in den Behörden und demzufolge auch der Unwissenheit der zuständigen Bearbeiter. Im Zusammenhang mit der Auszahlung der erhöhten Leistungen hat sich dieser Zustand noch verschärft. Unabhängig davon, daß die Gesetzesänderung nicht bekannt war bzw. Bearbeiter das BerRehaG überhaupt nicht kannten, weil sie neu waren, verzögerten sich die Auszahlungen über den Januar, Februar bis teilweise in den März hinein, trotz ständigen Tätigwerdens der Betroffenen.

Besonders frustrierend verläuft die Bearbeitung beim Sozialamt Berlin Treptow-Köpenick. Mit Stand 21.4. ist noch keine Zahlung bzw. Nachzahlung eingegangen, obwohl die Berechtigte ihre zuständige Bearbeiterin bereits im Dezember 2014, nach Verabschiedung des Gesetzes, über die Erhöhung informiert hatte. Nachdem nichts passierte, erkundigte sie sich im Februar erneut. Von der Erhöhung war nichts bekannt, und von der Senatsverwaltung läge keine Anweisung vor. Dann war die zuständige Bearbeiterin nicht mehr erreichbar.

Im März erhielt die Betroffene über eine interne Quelle die Information, daß das Amt bis Ende März auf eine Anweisung der Senatsverwaltung gewartet hätte, nun aber nicht mehr warten wolle, bis Mitte April die Nachzahlung erfolgen solle und ab Mai alles reibungslos funktionieren würde. Am 21.4. war noch immer kein Geld auf dem Konto der Betroffenen, aber am 22.4. erhielt sie ein Schreiben auf dem Kopfbogen ihrer neuen Bearbeiterin, in dem man mitteilte, daß eine einkommensabhängige Vergleichsberechnung angestellt wurde, die beiläufige, und sie die Leistungen und eine entsprechende Nachzahlung erhalten würde. Wann, stand nicht in diesem Schreiben, und die Vergleichsberechnung lag auch nicht bei. Daraufhin kontaktierte sie ihre neue Bearbeiterin, die ihr erklärte, daß sie keine Ahnung von dem Sachverhalt habe und das Schreiben von ihrer Chefin sei. Als die Berechtigte die Chefin anrief und ihr Problem schilderte, nämlich, daß die Berechnung nicht beiläufige, kam nur der empörte Ausruf: „Und deshalb rufen Sie mich an?!“ Sie wurde zurückverwiesen an die Bearbeiterin, die ja nichts wußte. Weil die Betroffene nicht möchte, daß die Mitarbeiter sich durch sie noch weiter gestört fühlen, harrt sie der Dinge, die da kommen werden. (Hoffentlich ein Happy-End. Und vielleicht eine Entschuldigung?)

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Wegen der zahlreichen Nachfragen ein kurzer Hinweis: die Regelbedarfsstufe (früher Eckregelsatz) nach SGB beträgt 2015 399 Euro. Dadurch erhöhen sich die Einkommensgrenzen geringfügig. Nähere Informationen dazu unter Tel. (030) 55 49 63 34 bzw. in der nächsten Ausgabe.

E. Weise

Euro auf höchstens 214, bzw. bei Rentnern auf maximal 153 Euro angehoben. Die Umstellung auf die erhöhten Leistungsbeträge sollte von Amts wegen erfolgen, ohne erneute Antragstellung durch den Berechtigten, und es sollte auch keine neuen förmlichen Bewilligungsbescheide geben, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten und die Auszahlung voranzutreiben. Nur in Fällen, bei denen ein Differenzbetrag und nicht die volle Summe gezahlt wird, sollte eine Neufestsetzung mit förmlichem Bescheid erfolgen.

Natürlich war davon auszugehen, daß die Auszahlung kaum pünktlich erfolgen würde, weil das Gesetz ja erst zum Jahresende 2014 beschlossen wurde, aber man konnte doch hoffen, daß diese zumindest zeitnah bewerkstelligt würde. Hut ab vor den Behörden, die die Erhöhung tatsächlich schon ab Januar kontenwirksam gemacht haben. Jetzt aber, bei Redaktionsschluß Ende April, ist es unglaublich, daß noch immer nicht wenige Berechtigte auf die erhöhten Leistungen warten bzw. manche Behörden sich erst mit dieser Problematik zu beschäftigen begannen, nachdem Betroffene oft mehrfach vorstellig wurden. Die Gesetzesänderung war einigen Behörden

Neuer UOKG-Mitarbeiter stellt sich vor

Mein Name ist Benjamin Baumgart. Ich bin der Nachfolger von Florian Kresse und somit der neue juristische Berater der UOKG. Geboren wurde ich 1985 in Halle/Saale. Anfang 1988 ist meine Familie aufgrund der politischen Verfolgung meiner Eltern in die Bundesrepublik emigriert. Seit 2005 lebe ich in Berlin und habe im letzten Jahr mein 2. juristisches Staatsexamen abgeschlossen. Ich hoffe, nach kurzer

Zeit der Einarbeitung, den ehemaligen politisch Verfolgten bei ihren Fragen mit einem guten Rat zur Seite stehen und ihnen die benötigte Hilfe geben zu können. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der UOKG und die damit verbundene Herausforderung.

Benjamin Baumgart



Foto: N. Radlitz

Benjamin Baumgart.

Propaganda-Gefechte

Am 23. März 2010 torpedierten nordkoreanische Spezialeinheiten in internationalen Gewässern die südkoreanische Korvette „Cheonan“, kein Besatzungsmitglied überlebte. Irgendeine Entschuldigung Pjôngjangs fehlt bis heute.

Zur Erinnerung an dieses Verbrechen hat jetzt Ende März, auf den Tag genau nach fünf Jahren, eine Gruppe nordkoreanischer Flüchtlinge in Süd-Korea rund 500 000 DVDs von dem bekannten Kino-Film „The Interview“ mit seinen satirischen Schmähungen des nordkoreanischen Diktators Kim-Jong-un per Luftballons in den Nordteil der Halbinsel verschickt. Eine gute Verpackung garantierte ein unbeschädigtes Niederfallen auf nordkoreanischen Boden. Pjôngjang hatte auf seiner Propaganda-Internetseite „Urimizokkiri“ die zuvor angekündigte Aktion als „eine ausdrückliche Kriegserklärung“ gewertet.

Wohl wegen der in Asien so wichtigen Gesichtswahrung lancierte die nordkoreanische Führung recht geschickt eine Falschmeldung in den britischen Guardian, die dann von Spiegel-online weiterverbreitet wurde. Danach habe Seoul „das Unternehmen untersagt aus Angst vor Racheaktionen“. Die Wahrheit indes ist, daß die Aktion mit jenen 500 000 DVDs vollständig durchgeführt wurde und bis Mitte April keinerlei sonstige Reaktionen Nord-Koreas erfolgten.

Natürlich können diese DVDs wie auch die vielen Flugblätter allein die Dikta-

tur der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ weder zum Wanken noch zum Einsturz bringen, aber immer mehr Menschen dort erfahren die Wahrheit über ihr Regime und durchschauen die Verlogenheit seiner Propaganda. Dennoch scheint die Führung bei diesen Botschaften aus dem Süden Angst um ihre eigene Macht zu haben.

Einen recht deutlichen Hinweis darauf gab eine ganzseitige Anzeige in The New York Times vom 14. März dieses Jahres. Sie deutete auf imaginäre US-Koreaner,



Eine Anzeige in der Zeitung – der Kunde ist König.

nannte aber keinerlei Absender außer der geheimnisvollen Web-Adresse „www.koamforpeaceforusaandprk.org“. Dieses Vorgehen ist eine altbekannte Methode der Propaganda Pjôngjangs aus den Tagen des Kalten Krieges.

In einem „Offenen Brief an Präsident Obama“ wird eine „friedliche Politik gegenüber Nord-Korea“ gefordert. Wohl um den Anschein von Neutralität und Objektivität zu erwecken, wurde die sonst stets verwendete hochtrabende Bezeichnung „Demokratische Volksrepublik Korea“ völlig vermieden und ganz schlicht von „Nord-Korea“ gesprochen. Lediglich in der genannten Web-Adresse ist kurz die englischsprachige Abkürzung des Regimes „dprk“ genannt. Im Zusam-

menhang mit dem „Nationalstolz der Nord-Koreaner“ rügte die Annonce den „Einsatz von Ballons durch Flüchtlinge in Süd-Korea gegen Nord-Korea, die angefüllt sind mit böartigen und abfälligen Bemerkungen über den nordkoreanischen Führer“.

Ganz offenbar ist dieser Götzenkult das Wichtigste in jenem „Offenen Brief“. Vom Standpunkt Pjôngjangs ist das allerdings verständlich, denn bis heute gibt es im Norden Koreas bei aller Führerverehrung kein einziges Buch über Kim Jong-uns Leben. Es wäre auch äußerst peinlich, wenn die Untertanen von seiner Schulzeit in der kapitalistischen Schweiz erfahren würden und von der Tatsache, daß er dort allzu bald den Abwehrbehörden der Eidgenossenschaft auffiel – er hatte es an „proletarischer Wachsamkeit“ fehlen lassen.

Interessant ist nicht zuletzt die Frage der Kosten für diese Anzeige. Kenner schätzen den Preis auf 200 000 bis annähernd 500 000 US-Dollar. Eine Summe, die Nord-Korea, anstatt sie in eine völlig wirkungslose Propaganda-Aktion zu investieren, besser für die immer noch unterernährte Bevölkerung hätte verwenden sollen. Hinterfragen muß man aber auch die recht zweifelhaft erscheinende Moral bei der New York Times. Ob man dort nicht weiß, daß im Korea-Krieg 25 550 US-Soldaten in den Abwehrkämpfen gegen jene kommunistische Diktatur starben, zu deren Unterstützer sich die Zeitung mit der Anzeigenveröffentlichung gemacht hat?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Rote Fahnen auf den Klöstern Tibets

Die Kommunistische Partei Chinas hat jetzt den Befehl erlassen, daß alle buddhistischen Klöster in Tibet die rote Fahne der Volksrepublik zu hissen haben. Einer Erklärung des dortigen KP-Vorsitzenden nach wird damit der Patriotismus unter den Mönchen und Nonnen für das kommunistische und atheistische China gefördert. Durch ein „innovatives Tempelmanagement-System“ sollen die Menschen auf diesem Dach der Welt zugleich die „Wärme und Fürsorge der Partei erfahren“.

Bekanntlich sieht jegliche Diktatur in jeder Religion einen Feind. Sie wird lediglich noch in dem Rahmen geduldet, der für das Regime aus außenpolitischen oder

traditionellen Gründen nützlich erscheint. Daß die Verfassung Tibets stolz deren Eigenständigkeit und gerade auch allgemeine Religionsfreiheit garantiert, gehört zu den üblichen Propaganda-Lügen. Die Existenz eines Gottes wird gelehnet, statt dessen stellt die allumfassende Agitation des Regimes den jeweiligen Diktator oder die beherrschende Staatspartei als allwissende und mächtigste Kraft dar.

Doch die Fahne der Diktatur selbst auf Klöstern (wenn überhaupt noch vorhanden) anzubringen – so weit gingen nicht einmal ein Hitler und ein Stalin.

F.-W. Schlomann

Auskünfte zu sowjetischen Kriegsgefangenen

(StSG) Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat ihre Auskunftstätigkeit zu sowjetischen Kriegsgefangenen am 1. Mai 2015 wieder aufgenommen. Dabei geht es um die Beantwortung der Anfragen von Angehörigen aus Rußland sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aber auch von Gemeinden, Suchdiensten und Gedenkstätten aus Deutschland. Die Auskunftstätigkeit basiert auf den Ergebnissen eines vom Bund geförderten Forschungsprojekts, das zum 31. Dezember 2014 endete. Dabei wurden in russischen, ukrainischen, belarussischen und deutschen Archiven Unterlagen zu ca. einer Million sowjetischen Kriegsgefangenen erschlossen. Sie waren während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Gefangenschaft geraten. Monatlich gehen gegenwärtig mehr als 250 Anfragen hierzu bei der Stiftung ein.

„Ja, das globen wir!“

Jugendweihe in der DDR

Von Steffi Lehmann

Die Jugendweihe symbolisiert heute noch, 60 Jahre nach ihrer Einführung in der DDR, den Schritt meist 14-Jähriger in die Welt der Erwachsenen. Offizielle Statistiken sprechen für das Jahr 2009 von ca. 25 000 Teilnehmern, der

Initiationsbrauch in der DDR gute Erinnerungen verbindet.

Doch warum hält dieser Umstand bis heute an? War die Erziehungskampagne der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) erfolgreich? Seit 1955 instrumentalisierte die SED jenen traditionsreichen Ritus für ihre eigenen weltanschaulichen Zwecke.

Zur Vorgeschichte: Zunächst verbot die Staatsmacht ideologische Zeremonien in den 1950er Jahren, um Konflikten mit den Kirchen vorzubeugen, weil viele Menschen im mitteldeutschen Raum Anhänger einer Konfession waren. Mit Beginn der 1950er Jahre konzentrierte sich der Parteiapparat auf eine Intensivierung der politischen Ausrichtung im Bildungswesen, z.B. mit dem gesellschaftspolitischen Schulfach Gegenwartskunde, welches 1957 vom Fach Staatsbürgerkunde ersetzt wurde. Die Machthaber gedachten, durch die Vermittlung parteipolitischer Grundlagen in den Klassenzimmern eine Distanzierung der Schuljugend zum Christentum zu erreichen. Es galt, die Heranwachsenden vom religiösen Glaubensbekenntnis abzubringen, eine patriotische, staatsbürgerliche Haltung zu indoktrinieren, ohne das in der Verfassung deklarierte Recht auf Religionsfreiheit zu verletzen.

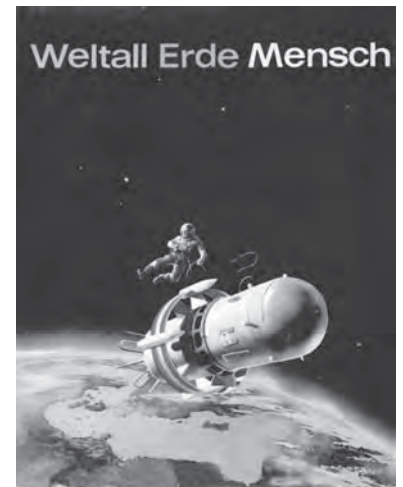
Der anhaltende Konflikt zwischen SED und Kirchen um den erzieherischen Einfluß auf junge Menschen kulminierte in den Jahren 1952/53 im sogenannten Kirchenkampf. Das Grundrecht auf Religionsfreiheit schien außer Kraft. Die offen betriebene Diffamierung und Kriminalisierung von jungen Gläubigen, Pfarrern sowie kirchlichen Mitarbeitern endete erst mit dem Führungswechsel im Moskauer Kreml. Die Machthaber in der DDR verfolgten fortan, aus opportunistischen Gründen, einen subtileren Kurs in der Kirchenpolitik, behinderten die evangelische und katholische Jugendarbeit aber weiterhin, standen deren religiöse Einstellungen doch den als fortschrittlich und humanistisch propagierten Positionen der Regierung gegenüber.

Die SED setzte 1955 auf ein neues Gewicht innerhalb des Tauziehens um die



Jugendweihe in Gera mit Walter Ulbricht, 1958.

„Bundesverband Jugendweihe Deutschland e.V.“ richtet nach eigenen Angaben jährlich Feierstunden für 32 000 Heranwachsende und deren Gäste aus. Begingen in den 1990er Jahren noch durchschnittlich über 83 000 Jugendliche den Ritus, sank ihre Zahl ab Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich. Nach Recherchen des Mitteldeutschen Rundfunks zelebrieren knapp 50 Prozent aller ostdeutschen Jugendlichen den Weiheritus, nicht zuletzt, weil deren Elterngeneration mit dem sozialistischen



Das Jugendweihe-Buch von 1955 bis 1974.

weltanschauliche Vormachtstellung. Im März 1954 verabschiedete das Politbüro einen Beschluß, der die Einführung der an die Schule angegliederten Jugendweihe besiegelte. Offiziell begründet wurde deren Initiierung mit dem fehlenden Alternativenangebot zur Konfirmation bzw. Firmung: Zu viele, auch atheistisch geprägte Eltern schickten ihre Kinder in die Vorbereitungskurse der Kirchen, um den Übergang vom Kinder- ins Erwachsenenalter gebührend zu begehen. Deshalb legte die SED die Jugendweihe mit Kalkül ins Frühjahr der achten Klasse. Zu dieser Zeit beendeten viele 14-Jährige die Schule, traten in die Freie Deutsche Jugend (FDJ) ein, erhielten einen Personalausweis und wurden als junge Christen im kirchlichen Rahmen in den Kreis der Erwachsenen aufgenommen.

Zu Beginn der Jugendweihe ging das Konzept der Freiwilligkeit nicht auf.

Die Wurzeln der Jugendweihe

Der Begriff Jugendweihe, heute zunehmend als Jugendfeier bezeichnet, tauchte erstmals 1852 auf und geht auf einen Vorschlag von Eduard Baltzer zurück, der damit ausdrücken wollte, daß sich die Abkehr von den Kirchen auch in der Terminologie niederschlagen sollte. Zunächst wurden noch Begriffe aus der christlichen Tradition für außerkirchliche Feiern benutzt oder ihr Ersatzcharakter betont. So nutzte am 9. April 1846 eine Breslauer Tageszeitung das Wort „Confirmationsersatzfeier“.

Die neue Form des Initiationsritus wurde von freireligiösen Gemeinden entwickelt. In Opposition zu den Kirchen organisierten sie einen kulturgeschichtlich fundierten Moralunterricht für ihre Kinder. Die abschließende Jugendweihe war vor allem eine Feier zur Schulentlassung, deshalb erhielt man sie im Alter von 14 Jahren.

Seit den 1890er Jahren stand ihre Form weitgehend fest. Der Jugendlehrer hielt einen Vortrag über die freigeistige Weltanschauung, es wurden Erinnerungsblätter, ein Gelöbnis und ein Gedenkbuch überreicht. Gesänge und Rezitationen umrahmten die Feier. Die freireligiöse und freidenkerische Tradition wurde von der Arbeiterbewegung übernommen.

Nur ca. 17 Prozent des Altersjahrgangs vollzogen das sozialistische Ritual mit Vorbereitungsstunden, Ausfahrten, der Feierstunde inklusive Buchübergabe von „Weltall, Erde, Mensch“ und der anschließenden Familienfeier. Walter Ulbricht persönlich hielt 1957 die Eröffnungsrede zum Jugendweihjahr. Er



Vorwiegend Propaganda: Das Jugendweih-Buch von 1975 bis 1982.

betonte, „daß an der Jugendweih alle Jungen und Mädchen teilnehmen sollen, gleichgültig welche Weltanschauung ihre Eltern haben oder in welcher Weltanschauung sie bisher erzogen wurden“ („Lernen für das Leben – lernen für den Sozialismus. Rede des Genossen Walter Ulbricht zur Eröffnung des Jugendweihjahres in Sonneberg“, in: Neues Deutschland vom 1. Oktober 1957, S. 4). Die Jugendweih wurde für Lehrkräfte, Eltern, Schüler, besonders aber für junge Gläubige zum Belastungstest. Evangelische Kirchenvertreter kamen jungen Christen nach der Etablierung des sozialistischen Rituals entgegen und konfirmierten auch Jugendweihlinge, erkannte die Kirche doch deren Dilemma. Die Schüler brauchten die Jugendweih, um das Abitur absolvieren zu dürfen oder die gewünschte Lehrstelle zu bekommen. Lehrer mußten

Zeugnis ablegen, daß sie die Vorbereitung zur Jugendweih gewissenhaft ausführten und ihre eigenen Kinder im Geiste des Sozialismus erzogen. Eltern wurden schon bei der Schulanmeldung gefragt, ob die Kinder später an der Jugendweih teilnehmen würden. Mitglieder der SED stellten Eltern selbst in den Arbeitsstätten Besuche ab, um sie über Konsequenzen einer eventuellen Nichtanmeldung ihres Nachwuchses zu unterrichten.

Das 1958 eingeführte Gelöbniß, das wie das Rahmenprogramm bis 1989/90 fast unverändert blieb, versinnbildlicht den politischen Zweck des Weihritus. Die Jugendlichen gelobten damit in aller Öffentlichkeit, den Sozialismus und damit die Politik der Regierung tatkräftig zu unterstützen. Durch den gestiegenen Druck schnellten die Teilnehmerzahlen Anfang der 1960er Jahre in die Höhe, über 90 Prozent aller Achtkläßler nahmen 1963 an der Jugendweih teil. Doch warum verbinden heute noch viele ehemalige DDR-Bürger mit der Zeremonie, trotz des zwanghaften Charakters, so gute Erinnerungen?

Der Grund ist, daß die Jugendlichen und ihre Eltern die Jugendweih entgegen den Vorstellungen der SED auf ihre Weise interpretierten. Für sie stand nicht das politische Versprechen in der Feierstunde im Mittelpunkt, sondern die familiäre Ausrichtung des Festes. So suchten sich Jugendliche beim Gelöbniß individuelle Auswege: Wollten sie den Eid bei der Feierstunden irgendwie umgehen, kreuzten sie die Finger hinter dem Rücken, als das obligatorische „Ja, das geloben wir“ kam oder murmelten in sächsischer Mundart ein „Ja, das globen wir“. Abgesehen vom politischen Hintergrund der Veranstaltung, der in dem meisten Fällen keine große Rolle spielte, bot die Jugendweih einen schönen Anlaß, Verwandte und Bekannte zusammenkommen zu lassen,

um den neuen Lebensabschnitt der 14-Jährigen zu begehen. Die Heranwachsenden wiederum freuten sich über Geldgeschenke, den gewünschten Kassettenrekorder, das Mehr an Freiheiten oder über sonst kaum zu erhal-

Gelöbniß ab 1985

Liebe junge Freunde!

Seid ihr bereit, als junge Bürger unserer Deutschen Demokratischen Republik mit uns gemeinsam, getreu der Verfassung, für die große und edle Sache des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen und das revolutionäre Erbe des Volkes in Ehren zu halten, so antwortet:

Ja, das geloben wir!

Seid ihr bereit, als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nach hoher Bildung und Kultur zu streben, Meister eures Fachs zu werden, unentwegt zu lernen und all euer Wissen und Können für die Verwirklichung unserer großen humanistischen Ideale einzusetzen, so antwortet:

Ja, das geloben wir!

Seid ihr bereit, als würdige Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft stets in kameradschaftlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Achtung und Hilfe zu handeln und euren Weg zum persönlichen Glück immer mit dem Kampf für das Glück des Volkes zu vereinen, so antwortet:

Ja, das geloben wir!

Seid ihr bereit, als wahre Patrioten die feste Freundschaft mit der Sowjetunion weiter zu vertiefen, den Bruderbund mit den sozialistischen Ländern zu stärken, im Geiste des proletarischen Internationalismus zu kämpfen, den Frieden zu schützen und den Sozialismus gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen, so antwortet:

Ja, das geloben wir!

Wir haben euer Gelöbniß vernommen. Ihr habe euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Feierlich nehmen wir euch auf in die große Gemeinschaft des werktätigen Volkes, das unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, einig im Willen und im Handeln, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik errichtet.

Wir übertragen euch eine hohe Verantwortung. Jederzeit werden wir euch mit Rat und Tat helfen, die sozialistische Zukunft schöpferisch zu gestalten.



tende, oft auch selbst genähte, festliche Kleidung.

Weil die Jugendweih eher als persönliches Fest im Kreise der Familie, denn als sozialistisches Bekenntnis wahrgenommen wurde, ist es nicht verwunderlich, daß dieser Brauch bis heute besteht. Von einer erfolgreichen Erziehungskampagne der SED im parteipolitischen Sinne kann also keine Rede sein.



Festakt einer Jugendweih im März 1989 in Berlin-Lichtenberg.

Ihr wolltet einen dritten Weltkrieg anzetteln!

Die Sonderbehandlung der Verhafteten des 17. Juni 1953 in Waldheim

Von Herbert Prieu

In memoriam einer Gruppe von 80 Verurteilten des 17. Juni 1953 mit insgesamt 482 1/2 Jahren Haft und einmal lebenslänglich, die nach besonderen politischen

Kriterien aus den Verurteilten der Bezirke der DDR ausgesucht wurden und zur Sonderbehandlung in die Strafvollzugsanstalt Waldheim kamen.



Herbert Prieu 1950.

Nach Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst am 18. Juni 1953 wurde ich vom Bezirksgericht Halle am 31. August 1953 zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Süh-

maßnahmen nach der Kontrollratsdirektive 38 verurteilt. Ich hatte zusammen mit drei weiteren Studenten von einer VP-Verkehrinsel am Reileck in Halle/Saale zu einer Veranstaltung aufgerufen. Ich tat dies mehrfach mit folgender Durchsage:

„Deutsche Männer, deutsche Frauen. Wir demonstrieren heute abend um 18 Uhr

auf dem Hallmarkt für Frieden, Einheit und Freiheit. Erscheint in Massen, verhaftet Euch diszipliniert, denn so nur können wir etwas erreichen. Einheit macht stark.“ (Text im Urteil)

Nach Rechtskraft des Urteils kam ich zum Vollzug in die StVA Halle (Roter Ochse). Dort arbeitete ich erst am Band der Hosenherstellung und dann an einer Maschine bei der Hausschuhproduktion.

Am 25. März 1954 wurde ich aus der Zelle geholt und hörte einen Wächter sagen: „Der kommt auf Transport.“ Erstmals wurden mir Handschellen angelegt, die man mir dann bei der Verfrachtung in ein Transportfahrzeug wieder abnahm. In der StVA Waldheim wurde ich wieder ausgeladen. Dort befand sich bereits eine größere Gruppe stark bewachter Häftlinge. Diese Gruppe wurde dann durch ein Spalier von Polizisten mit Gummiknüppeln in die Anstaltskirche gejagt. Dort beschimpfte uns brüllend der Anstaltsleiter:

„Ihr seid die größten Schweine der Welt. Ihr wolltet einen dritten Weltkrieg anzetteln! Nun werdet ihr entsprechend behandelt!“ usw.

Alle wurden gleich kahl geschoren. Ein Kamerad vor mir hatte eine Kopfverletzung, seine diesbezüglichen Einlassungen wurden mit Beihilfung von zwei Polizisten beantwortet. Unsere Zellen waren außen durch eine weiße Scheibe gekennzeichnet. Dies hieß Sonderbehandlung bei schon extremer Grundbehandlung. Arbeitsverbot, keine Bücher oder Zeitschriften, kein Kirchgang, keine Sondergenehmigungen usw. In der ersten Zeit kamen wir nur ab und an für kurze Zeit einzeln in eine Art von Freiluftkäfig, der wohl für renitente Häftlinge gedacht war. Später erfolgte ein geschlossener Rundgang im Freien von ca. 20 Minuten nach festem Schema, einzeln, mit großem Abstand und Bewachung.

Die Zelle war ca. fünf mal zweieinhalb Meter groß und mit sechs Mann belegt. Es gab zwei Doppelstockbetten, zwei Strohsäcke, einen kleinen Klappstisch, eine Waschschiüssel, einen Wassereimer, einen Schmutzwassereimer, eine alte kleine Karbidtonne für die Notdurft, nur

mit einem losen Holzbrett abgedeckt, ein Kehrblech mit Handfeger, zwei kleine offene Regale. Jeder hatte einen Löffel, einen Blechnapf und eine Blechtasse sowie Zahnbürste und Lappen. Wasserwechsel und Kübelentleerung erfolgten zweimal am Tag durch Kalfaktoren, die ein strenges Sprechverbot uns gegenüber hatten.

Die Oberbekleidung bestand weitestgehend aus alten Uniformen mit eingnähten Streifen oder einer Art Drilllichbekleidung. Weiterhin trugen wir Holzschuhe mit Fußlappen, Unterhose und Unterhemd, kleine Mütze, im Winter zusätzlich Schal, Pullover und Strümpfe. Beheizung und Beleuchtung waren minimal. Im Winter gab es elektrisches Licht nur zu den Mahlzeiten. Geweckt wurden wir um 4.30 Uhr. Um 6.00 Uhr Zählappell mit Meldung: „Zelle X belegt mit sechs Strafgefangenen, es meldet Strafgefangener Y.“ Abends um 18.00 Uhr wiederholte sich das gleiche Ritual. Um 19.00 Uhr war Einschluß. Oberbekleidung, Schuhe usw. mußten zusammengelegt auf Hockern vor die Tür gestellt werden. Rasiert wurde gelegentlich zweimal, meist aber einmal die Woche durch Häftlinge unter strenger Bewachung. Duschen sollte alle 14 Tage mit Wäsche- wechsel stattfinden. Das Ausschütteln der Decken war alle paar Monate möglich, das Wechseln des Bettlakens alle vier bis zehn Wochen.

Einmal in vier Wochen durften unter scharfer Bewachung und strenger Beaufsichtigung des zuständigen Polizeimeisters 20 Bleistiftzeilen an Angehörige geschrieben werden. Die Sitzordnung glich einer Prüfung. Die benutzten Bleistiftstummel wurden dann beim Einsammeln wieder gezählt. Die Briefe kamen nicht immer oder zum Teil ausradiert an. An Persönlichem durfte ausschließlich ein Brief von den Angehörigen vorhanden sein. Monatlich war ein Drei-Kilogramm-Lebensmittelpaket vorgeschriebenen Inhalts erlaubt. Von bestimmten Wachtmeistern wurde dieser bei der Übergabe oft so zerhackt (man suchte nach einer Säge!), daß schneller Verbrauch zwingend war.

Verpflegung, Hygiene und ärztliche Betreuung waren völlig unzureichend. Zur medizinischen Betreuung kamen wir nur

Niederschlagung des Aufstands und Kriegsrecht

Die sowjetischen Behörden reagierten mit der Verhängung des Ausnahmezustands für 167 der 217 Landkreise der DDR. Gegen 13 Uhr [am 17. Juni] wurde durch den Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin, Generalmajor Pjotr Dibrowa, in Ost-Berlin der Ausnahmezustand verkündet, der erst am 11. Juli 1953 wieder aufgehoben wurde. Mit dieser Ausrufung des Kriegsrechts übernahm die Sowjetunion offiziell wieder die Regierungsgewalt über die DDR. Die bereits ab 10 Uhr in Berlin, zeitversetzt gegen Mittag oder Nachmittag in anderen Teilen der DDR einrückenden sowjetischen Truppen demonstrierten vor allem Präsenz, denn mit dem Eintreffen der Panzer verlor der Aufstand schnell an Schwung; zu größeren Angriffen auf das Militär kam es nicht. Insgesamt waren 16 sowjetische Divisionen mit etwa 20 000 Soldaten im Einsatz sowie rund 8000 Angehörige der Kasernierten Volkspolizei (KVP).

sehr selten. Dazu ein Beispiel. Ein Kamerad spuckte Blut. Der endlich erschienene Wachtmeister stellte fest: „Euch kenne ich, ihr schmiert Marmelade um die Schnauze, damit ihr rauskommt!“ – Zellentür zu. Im Winter, bei Halsschmerzen, wurde mit dem eigenen Urin gegurgelt.

Nach „längerer Eingewöhnungszeit“ (das genaue Datum ist mir nicht mehr bekannt) wurden die Verurteilten des 17. Juni 1953 zum Fellschneiden abkommandiert (Haare von Fellabfällen zur Filzherstellung abschneiden). Mit Beginn der Arbeit wurden einige Beschränkungen aufgehoben. So gab es alle 14 Tage Bücher. Mein Lieblingsbuch waren die Ausgewählten Werke von Michail Jurjewitsch Lermontow in deutscher Sprache, erschienen in Moskau 1948:

„Der Toren Tadel, Haß und Wut
Kann meine Seele nicht erbittern:
Mag branden grim die Meeresflut –
Den Felsen wird sie nicht erschüttern.“

Es konnten nun auch bestimmte Zeitungen erworben werden. Leider wurden aus diesen sehr oft Artikel entfernt. Die Arbeitsbedingungen waren unmöglich, der Arbeitsplatz lag unter dem Dach. Es gab viele Nachtschichten. Der Verdienst je Schicht betrug 0,30 M. Einmal ereignete

Im Abstand von drei Monaten war nach vorgegebenem Plan der Besuch von Angehörigen für eine halbe Stunde unter strenger Bewachung und entsprechender körperlicher Distanz möglich. Körperkontakte und Übergabe irgendwelcher Bilder usw. waren streng verboten. Für das Personal gehörten unsere Angehörigen zur gleichen Kategorie wie wir. Die Besuchsmöglichkeiten konnten von den Angehörigen der Verurteilten nicht immer wahrgenommen werden, weil die Verbindungen nach Waldheim sehr schlecht waren und Kosten und Zeit auch eine große Rolle spielten. Sehr häufig wurden am Tag oder in der Nacht unsere Zellen von den Wächtern „gefiltzt“, also durchsucht, seit Arbeitsbeginn auch während unserer Abwesenheit.

Einmal erlebte ich in Waldheim einen menschlichen Lichtblick: Ein Wachtmeister, wohl ein Schlesier, holte mich aus dem Rundgang heraus in eine Zelle und forderte mich auf, für mehr Disziplin bei uns mit zu sorgen. „Ich werde hier genauso bewacht wie ihr und will von euch keinen anzeigen.“ Dies war unter den Haftgegebenheiten eine sehr mutige Handlung!

Der Sieg der deutschen Fußballmannschaft in Bern 1954 verbreitete sich im ganzen Knast mit irrsinniger Geschwin-

bestand die Pflicht zur Anmeldung für sofortige Arbeitsaufnahme. Beeindruckend bis heute ist für mich die Sachbearbeiterin beim Rat des Kreises Bernburg, Abteilung Arbeit u. Berufsbildung, Frau B.(?), geliebten. Als wir allein im Raum waren, fragte sie nach der Verhaftung am 18. Juni 1953, dann stellte sie fest: „Sie zittern am ganzen Körper, ich kann Sie nicht vermitteln. Kommen Sie in vier Wochen wieder.“ Kein Arbeitsverhältnis stand somit meiner Flucht im Wege. Nachdem diese gelungen war, nahmen meine Eltern eine Abrechnung über die Haftzeit in Empfang. Für jeden Nicht-Arbeitstag mußte gezahlt werden.

Abschließend sei dankend darauf hingewiesen, daß die Professoren der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg trotz politischer Anfeindungen die gemeinschaftlich verhafteten Studenten des 17. Juni 1953 mutig und hilfreich unterstützten. Ein großartiges Beispiel für Zivilcourage in einer Diktatur.



Das erste Bild im Westen:
Herbert Prieß im Juni/Juli 1955.



Foto: VanGore

Waldheim, heute Justizvollzugsanstalt, 2011.

sich dort etwas, was für uns zu einem berührenden Erlebnis wurde. Unbekannte hatten sichtbar in einem Materialsack die Briefmarke „17. Juni 1953, 20 Deutsche Post Berlin“, mit aufgedruckten gefesselten Händen, hineingeschmuggelt. Sie wurde in einer Nachtschicht gefunden und ging heimlich von Hand zu Hand. Unser tiefer Eindruck: „Wir sind nicht vergessen!“

digkeit und führte zu einem unheimlichen Freudentrommeln gegen die Zellentüren. Wohl im April 1955 wurde ich wegen meiner anstehenden Freilassung am 17. Juni 1955 von der Gruppe des 17. Juni getrennt und in den allgemeinen Strafvollzug verlegt.

Hilfe nach der Entlassung kam oft auch von fremden Personen. Für uns

Gedenken anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Erlittenes Unrecht niemals zu vergessen, soll uns auch und gerade im 25. Jahr der Wiedervereinigung auf den Kaßberg führen. Traditionell wollen wir an diesem geschichtsträchtigen Ort der Opfer der SBZ/DDR gedenken. Hierzu laden wir Euch ganz herzlich ein.

Die Gedenkveranstaltung findet **am Mittwoch, dem 17. Juni 2015, 11.00 Uhr** in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz) statt.

In der Zeit von 9.00 bis 10.45 Uhr und nach der Gedenkveranstaltung besteht dank des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis e.V. die Möglichkeit, an Führungen durch das ehemalige Kaßberg-Gefängnis teilzunehmen; das Gefängnis, das DDR-weit als Drehscheibe für den Häftlingsfreikauf diente. Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der VOS-Chemnitz

Das Schwert des Eroberers

In der politischen Diskussion um die Zukunft der BStU geht es um viel mehr als nur um eine behördliche Neuordnung der Aktenverwaltung für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der



Das Denkmal in Yukatan – Der Zweck heiligt die Mittel?

ehemaligen DDR. Der historische Kern der Debatte ist die Frage, welche Rolle in unserer Erinnerungskultur die Gewalt spielen soll, mit der der SED-Staat gegründet und die Herrschaft der Kommunisten 40 Jahre in der DDR gesichert wurde.

Seit 1990 gibt es ein verständliches Spannungsverhältnis in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR. Viele Menschen erfuhren in ihrem Alltag, daß zwar die Partei, aber nicht die Staatssicherheit eine die Lebenswege bestimmende Rolle spielte. In dem Spannungsverhältnis zwischen der politischen Geschichte der SED-Diktatur und der des Alltags der Bevölkerung kann ein mexikanisches Denkmal aus Yucatan ein hilfreicher Denkanstoß sein. Es erinnert an die Landung des ersten der spanischen Eroberer. Hernandez de Cordoba erkun-

dete 1517 die mexikanische Küste auf der Suche nach einem geeigneten Ankerplatz für die spanische Invasionsflotte, die 1519 landete, Mexiko eroberte und es in „Neu-Spanien“ verwandelte. Das Denkmal in der Hafenstadt Champeche erinnert auch an die erste katholische Messe, die hier 1517 zelebriert wurde. Es besteht aus einer Figurengruppe von drei Personen: einem Ordenspriester mit dem Kreuz, dem sitzenden Maya-Häuptling und Cordoba, der die Figurengruppe komplettiert. Das Schwert des Eroberers steckt noch in der Scheide. Priester und Kapitän schauen auf das vor ihnen liegende Land und der Priester scheint dem Eroberer zuzurufen: Dieses Land gilt es für die Christenheit zu gewinnen! Die Botschaft des Denkmals ist eindeutig: Die Eroberung des Maya-Landes und die Zerstörung der indianischen Kulturen dienten einem guten Zweck, der Christianisierung der Heiden in Mexiko – das ist das bleibende Verdienst der Konquistadoren!

1993 besuchte der polnische Papst Johannes Paul II. Yucatan. Erstmals nach Jahrhunderten sprach er, als Oberhaupt der Kirche, das Thema der gewalttätigen Missionierung der indianischen Völker und die damit verbundene Zerstörung ihrer Kultur an. Als Cortes seine Christianisierung 1519 mit Schwert und Kanonen begann, lebten wahrscheinlich 11 Millionen Indianer in Mexiko, 50 Jahre später sollen es noch 1,5 Millionen gewesen sein, die die Massaker der Eroberer und die von ihnen mitgebrachten europäischen Krankheiten überlebt hatten. Es mußte wohl erst ein Papst kommen, der als Pole miterlebt hatte, wie in Kra-

kau 1939 die deutsche Besatzungsmacht polnische Professoren ermordete und ein Jahr später im Wald von Katyn die sowjetische Geheimpolizei polnische Offiziere erschöß. Dem Papst war offenbar bewußt, daß es in Mexiko eine Gegenwart der Eroberungsgeschichte gab – auch wenn diese Jahrhunderte zurücklag.

Die Besetzung der Dienststellen des MfS 1989 durch Bürger der DDR war ein Akt der Selbstbefreiung vom „Schild und Schwert“ der SED und half, die Akten der Repression für deren Opfer zu sichern. Das Ende der Stasi war auch eine Voraussetzung für den „Runden Tisch“. Modrow wußte: Eine Restauration des Machtmonopols der Kommunisten ohne MfS war unmöglich. Sein Ziel im Dezember 1989 war es, unter Einbeziehung der Opposition die DDR als Staat zu retten. Einen Staat, der seine Entstehung dem Siegerwillen der Sowjetunion verdankte, der eine Diktatur der Kommunisten war, die ihr Machtmonopol über die Bevölkerung durch ihre Geheimpolizei absicherten.

Es geht in der Debatte über die Zukunft der BStU vor allem um zwei entscheidende Botschaften: 1. Das Schwert der Partei und vor allem dessen Opfer dürfen in der Geschichtsschreibung über die DDR nicht unter Alltags- und Kulturgeschichte begraben werden, und 2. Die Auflösung der SED-Geheimpolizei war ein Akt der Selbstbefreiung und eine Voraussetzung für die deutsche Einheit. Der Diktaturpartei wurden „Schwert und Schild“ genommen. In der aktuellen Debatte ist das mexikanische Denkmal in Yucatan eine bedenkenswerte Mahnung, keine Relativierung des diktatorischen Charakters des SED-Staates zuzulassen.

Manfred Wilke

Sieben Monate Wand an Wand

Erinnerung an Ludwig Götz (1935–2007)

Vor nunmehr 57 Jahren war ich sieben Monate lang von der Außenwelt abgeschnitten und hatte keine menschliche Verbindung außer dem Klopfkontakt mit Ludwig. Er wurde am 13. Februar 1958 verhaftet und in die Stasi-Haftanstalt Gera eingeliefert. Fünf Wochen später kam ich selbst in die Nachbarzelle. Glücklicherweise sind wir bis zu den Prozessen im September bzw. Oktober 1958 nicht aus unseren Zellen verlegt worden. So hatten wir genügend Zeit, die zunächst primitive Klopfverständigung, wie jeder

in ähnlicher Lage sie sehr schnell begreift (einmal klopfen = a, zweimal = b usw.), zu perfektionieren und uns eine eigenes Morsealphabet aus Punkten und Strichen aufzubauen. Der „Punkt“ war ein Klopf, der „Strich“ ein Kratzer mit dem Fingernagel an der Wand. So konnten wir uns nach einiger Zeit fließend „unterhalten“.

Ich weiß nicht, ob und wie ich diese Zeit ohne die Klopfverbindung mit Ludwig überlebt hätte. (Und doch ist mir bekannt,

daß manche Menschen eine vieljährige Isolationshaft bestehen mußten, so z.B. Karl Wilhelm Fricke vier Jahre!) Ich erinnere mich, wie wir am 26. Mai Ludwigs 23. Geburtstag „gefeiert“ haben und daß ich über die durch die Wand geklopften Witze an diesem Tage erstmals nach meiner Verhaftung wieder lachen konnte. Wir haben uns zuvor nicht gekannt. Die in Gera unregelmäßig stattfindenden Hofgänge waren so organisiert, daß man niemals einen Mithäftling zu sehen bekam. Nur durch ein Versehen der Wachleute haben wir uns einmal kurz sehen können, was wir uns dann klopfenderweise nachträglich bestätigen konnten. Mehrmals sind wir beim Klopfen ertappt worden.

Dann hieß es: Matratzen raus, und wir mußten einige Nächte auf den blanken Holzbrettern schlafen.

In der väterlichen Werkstatt in Eisenberg hat Ludwig Sattler und Polsterer gelernt. Er war Freund und Schulkamerad von Peter Herrmann und hat die beiden getrennt agierenden Gruppen um Herrmann und um Thomas Ammer zum Eisenberger Kreis zusammengebracht. Ludwig war eines der aktivsten Mitglieder dieses Kreises. Bei ihm wurde der zur Flugblattherstellung benutzte Vervielfältigungsapparat gefunden. Sein Urteil: Acht Jahre Zuchthaus. Nach einer Rundreise durch die Strafvollzugsanstalten Waldheim, Bautzen, Brandenburg und Hohenschönhausen wurde er am 15. November 1963 in Berlin-Rummelsburg entlassen. Ich war Zeuge, wie er dort seine treue Freundin und spätere Ehefrau Resi nach fast sechsjähriger Trennung in die Arme schließen konnte. Als „Vorbester“ hatte Ludwig einen langjährigen Kampf zu bestehen, bis er im Juni 1974 den Meisterbrief erhalten und im Dezember 1976 seine eigene Autopolsterwerkstatt in Eisenberg eröffnen konnte.

Im Oktober 1989 fragte mich Ludwig am Telefon, ob ich ihm die Rufnummer von Bärbel Bohley beschaffen könnte. Da ich einen persönlichen Kontakt zur Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ hatte, habe ich statt dessen eine Verbindung zu Hans-Jürgen Fischbeck hergestellt, die dazu führte, daß Ludwig einen Eisenberger Zweig von „Demokratie Jetzt“ gründete. Durch lokale Vereinigung mit anderen Bürgerrechtsaktivitäten der Friedlichen Revolution entstand daraus die Eisenberger Bürgerrechtsinitiative, als deren Mitglied er von 1990 bis 1994 dem Eisenberger Stadtrat angehörte. Sein Mitstreiter Gernot Krist, Lehrer in Eisenberg und zu dieser Zeit ebenfalls Mitglied im Stadtrat, schreibt über Ludwig: „Typische Eigenschaften waren sein ausgeprägter Gerechtigkeitsinn, Ehrlichkeit und Klarheit in seinen Anregungen und Bemerkungen. Verbunden mit kritischen Hinweisen war auch immer das Aufzeigen von entsprechenden Alternativen.“

Im Jahre 1991 erlitt Ludwig einen Schlaganfall, von dem er sich leider nicht mehr völlig erholen konnte. Werkstattschließung und Invalidation waren die Fol-

gen. Die Schließung der Werkstatt brachte finanzielle Einbußen mit sich. Es hat mich schmerzlich berührt, als er mir sagte, daß er seine Haftentschädigung zur Schuldentilgung benutzen mußte. Im Jahre 1993 kam er zu einem Kuraufenthalt in die Reha-Klinik Wandlitz, wo meine Frau und ich ihn besucht haben. Auf dem Gelände der früheren Promi-Siedlung konnte er uns die Häuser von Honecker, Mielke u. a. zeigen, in denen er 30 Jahre zuvor in Haftlingskleidung Handwerkerarbeiten verrichten mußte. Diese Häuser wurden nun für die Reha-Klinik genutzt, und Ludwig sollte eigentlich in eines eingewiesen werden, wogegen er sich aber wehren konnte. Am 26. Mai 2015 wäre Ludwig Götz 80 Jahre alt geworden. Das möchte ich zum Anlaß nehmen, um an ihn zu erinnern.

Heinz Steudel

Dreizack und Roter Stern

Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine

Von Christiane Schubert und Wolfgang Templin

Metropol-Verlag, Berlin 2015, 224 Seiten, 19,90 Euro

Dokumentiert

Jedes Land würde stolz sein

Brief an den Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert vom 4. Dezember 2014

Verehrter Herr Bundestagspräsident!

Es ist kein billiges Kompliment: In meinen Augen sind Sie einer der leider sehr wenigen Politiker, die sich wirklich für die vielfältigen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands interessieren. Ihre damalige Rede in der Scheffkirche meiner alten Heimatstadt Schwerin hat bei mir jedenfalls einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Mein erstes Anliegen betrifft die tapferen Männer und Frauen des illegalen Widerstands in der SBZ/DDR. Bekanntlich war dort bereits 1948 ein offenes Aufbegehren gegen die allmächtige SED kaum noch möglich. Es waren schätzungsweise weit über 10 000 Menschen, die daraufhin in

den illegalen Widerstand gegen die sich abzeichnende II. deutsche Diktatur gingen und Kontakte zu freiheitlichen Organisationen in West-Berlin aufnahmen. Sie verteilten in ihrem Heimatort Flugblätter gegen das Regime, verlangten freie Wahlen und berichteten andererseits dem Westen über das politische Unrecht in der DDR. Keineswegs wenige bezahlten ihr Eintreten gegen die SED-Diktatur, ihren Einsatz für Freiheit und Wiedervereinigung mit dem Leben. Jedes Land auf dieser Welt würde auf solche Personen stolz sein, ihre Haltung als Vorbild für unser politisches Leben hinstellen. Statt dessen werden sie im heutigen Deutschland totgeschwiegen. Ich bat Herrn Bundespräsidenten, doch wenigstens anlässlich des 25. Jahrestages des Falls der Mauer sie zu erwähnen. Wie heutzutage üblich, erhielt ich einen Blabla-Brief von einer Referentin, und wieder erfolgte kein einziges Wort über jenes stolze Kapitel der DDR-Geschichte.

Wohlgemerkt: Es geht nicht um mich oder etwa Geld (das geht weg für die Pensionen einer Frau Honecker, einstiger Stasi-Generäle oder für die Wächter in

Bautzen bzw. Hoheneck); aber ein kurzes – noch dazu kostenloses – „Danke!“ hätten wir von unserem Vaterland wohl schon erwarten können.

Im Interesse der historischen Wahrheit wäre ich zum anderen der Ansicht, daß es allmählich an der Zeit sei, das Verhalten sehr vieler Politiker, der Medien und der Bevölkerung damals im freien West-Teil hinsichtlich der Wiedervereinigung ehrlich darzulegen. Die heute oft zu hörende Phrase, diese sei nicht vorhersehbar gewesen, dokumentiert nur die politische Dummheit. Ich habe jene schicksalhaften Jahre sehr bewußt miterlebt und verachte die damaligen West-Deutschen.

Ich trat am 2.1.1946 der CDU in der SBZ bei. Unsere Ideale und das heutige Deutschland stellen längst große Gegensätze dar. An unserem Lebensabend sind wir fremd geworden im eigenen Land. Es wird Zeit, daß ich mein Bundesverdienstkreuz (ich erhielt es aus anderem Anlaß) wieder zurückgebe. [...]

Dr. Friedrich-Wilhelm Schломann

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Lernfreiheit und Kreativität

Schüler erforschen Geschichte

„1989 und der Mauerfall – Wie hast du’s erlebt?“, wollten die Schüler der Klassen neun und zehn und der Kursstufe eins des Wildermuth-Gymnasiums in Tübingen wissen. Für die Schüler ist der Mauerfall 1989 weit zurückliegende Geschichte, die sie selbst nicht erlebt haben. Aus Anlaß des 25. Jahrestages beschäftigten sie sich intensiv mit dem weltbewegenden Ereignis. Es entstand ein Projekt der Fachschaften Geschichte und Gemeinschaftskunde. Die Projektidee stammt von der Lehrerin und Initiatorin Friederike Koch, die selbst bis zum zehnten Lebensjahr in der DDR lebte.

Viel wurde schon in den Medien berichtet, Dokumentationen, Zeitzeugenberichte und Extraseiten in Zeitungen. Eigentlich ist man doch gut informiert. Die Schüler des Wildermuth-Gymnasiums wollen mehr. Eine Spurensuche zum Mauerfall beginnt, und eine Ausstellung zum Thema entsteht, die am 9. März 2015 im der vollbesetzten Turnhalle des Gymnasiums eröffnet wird. Zeitzeuge Hartmut Henke erzählt seine Geschichte im Rahmen der Eröffnungsfeier, wie er im Unrechtstaat

DDR nach einem mißglückten Fluchtversuch inhaftiert und von der Bundesrepublik freigekauft wurde.

Im Kern des Projekts geht es darum, daß die Schüler Informationen zum Thema sammeln. Von den Lehrern kommen Hinweise. Das DDR-Museum in Pforzheim wird besucht, der 2014 erschienene Comic „Herbst der Entscheidung“ von Prof. Dr. Lindner wird gelesen. In einer dazu gehörenden Veranstaltung berichtet Prof. Lindner von den historischen Ereignissen in Leipzig 1989. Die größte Herausforderung und Anstrengung sind die Zeitzeugeninterviews. Man will Zeitzeugen aus Ost und West befragen. Eltern, Bekannte und Freunde werden interviewt, auch der Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, Boris Palmer, sowie Frauen und Männer, die Leidtragende kommunistischer Gewaltherrschaft waren bzw. sind.

Hartmut Henke, Peter Boley und ich stehen als Zeitzeugen zur Verfügung. Meine Erinnerung an diesen atemberaubenden 9. November 1989 ist, daß ich erst mal nicht fassen konnte, was ich da über das

Fernsehen erfuhr. Meine Freude hielt sich in Grenzen, Bilder tauchten in meinem Kopf wie Blitze auf. Bilder aus meinem Leben in der DDR, wie meine Flucht mißglückte, ich verhaftet und verurteilt wurde, zu drei Jahren und drei Monaten Haft, davon sechs Monate U-Haft, wie ich ins Frauenzuchthaus

Hoheneck kam und dort bis zu meinem Freikauf 21 Monate durchhalten mußte. Ich dachte wirklich: Jetzt geht dieser Staat unter und meine Geschichte in Hoheneck mit. Keiner wird mir glauben, was mir im Unrechtstaat DDR und in Hoheneck angetan wurde.

Die Schüler hören die unterschiedlichsten Geschichten von positiven und negativen Erlebnissen, von Ängsten, Hoffnungen und Wünschen. So erfahren sie, daß man in der DDR kaum eine Wahl hatte, ob in der Politik oder im eigenen Leben. Die Interviews werden verschriftlicht und in Ordnern zur Ansicht ausgestellt. Mir fällt dabei auf, wie viel bei diesem Projekt geleistet wurde, und dies neben dem Schulalltag. Lehrer haben den Rahmen vorgegeben – und das brachte den Schülern Freiraum. Freiraum bei der Planung und Eigenverantwortung, dieses Projekt zu stemmen – Lernfreiheit und Kreativität. Die Schüler haben es geschafft, eine Ausstellung zu zeigen, die den Mauerfall 1989, das Leben in der DDR und der Bundesrepublik lebendig werden läßt. Mit Erfindergeist haben sie die Mauer als langes Stoffgebilde in der Turnhalle aufgezogen, eine weitere Mauer in einem Ausstellungsraum aus Kartons aufgebaut, bemalt und mit Graffitis besprüht.

Das Beste war: Man konnte sich auf der Stoffmauer verewigen. Aber froh bin ich doch, daß diese Mauer ein Exponat und für immer 1989 gefallen ist. Die Erinnerung bleibt, sie hat Spuren hinterlassen. Ein Projekt, das ein Zeichen gegen das Vergessen setzt. Ich hoffe, wie Zeitzeuge und Leidensgefährte Hartmut Henke sagte, daß durch solche Projekte das Vergessen vermieden wird, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Konstanze Helber



Friederike Koch eröffnet die Ausstellung.

Palmsonntag in Sachsenhausen

Trotz widriger Wetterbedingungen hatten sich auch in diesem Jahr am Sonntag vor Ostern etwa 300 Pilger in der Gedenkstätte Sachsenhausen versammelt, um an fünf ausgewählten Stationen den Sühnekreuzweg zu gehen.

1. Station: hinter dem Lagertor, vor dem Appellplatz. Nach einer kurzen Ansprache des katholischen Geistlichen sangen die Teilnehmer das Lied „Aus tiefer Not schrei ich zu dir, Herr Gott, erhöre mein Rufen“. 2. Station: bei der Lagerküche.

Bis zu diesem Ort des Gedenkens sang die Gemeinschaft „O Haupt voll Blut und Wunden, voll Schmerz und voller Hohn“ mit acht Strophen. Dann zog die Versammlung der Katholiken in Stille zur 3. Station: im NKWD-Lager (Sonderlager), am Speziallager-Museum. Hier hielt der katholische Geistliche Stefan Friedrichowicz aus Berlin-Tegel die folgende Rede.

„Rechtliche Grundlage für die Errichtung von sowjetischen Speziallagern für

Nichtverurteilte ist der Geheimbefehl des NKWD Nr. 00315, vom 18. April 1945, dessen Rechtskraft bis zur Auflösung der Lager im Frühjahr 1950 andauerte. Auf dem Gebiet der SBZ wurden im Frühjahr/Sommer 1945 elf sowjetische Lager und drei Gefängnisse eingerichtet: Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen waren die größten, Mühlberg, Fürstenwalde/Ketschendorf, Fünfeichen, Neubrandenburg, Hohenschönhausen, Lieberose sowie zwei Lager in Torgau.

1945/46 kamen ca. 60 000 Menschen in diese Lager. In den nächsten Jahren

lag die Zahl immer in diesen Größenordnungen. 1948 wurden mehr als 27 000 Häftlinge mit Genehmigung aus Moskau entlassen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits ca. 35 000 Häftlinge verstorben. Jedoch waren die Lager ab 1947 keine (Massen-)Todeslager mehr. Auch gab es nach Januar 1947 keine Einweisungen mehr nach dem Befehl 00315.

Auf Grund des Einblicks in sowjetische Archive können wir heute die Inhaftiertengruppen genauer unterscheiden: von den ca. 100 000 nichtverurteilten Personen der Verhaftungsjahre 1945/46 sind mehr als ein Drittel an den Folgen der Haftbedingungen gestorben. Unzureichende Ernährung, Unterernährung, auch als Folge einer Hungersnot in der Sowjetunion, Seuchen, unerträgliche hygienische Versorgung und mangelnde medizinische Versorgung auch wegen der angeordneten Isolationshaft vor allem für die Nichtverurteilten (ca. 90 Prozent).

Nach Entlassungen verblieben 1948 noch ca. 30 000 Häftlinge in den Lagern. Ab diesem Zeitpunkt war das Speziallager Nr. 1 Sachsenhausen ein Teil des Systems GULag. 1950 wurden mit der Auflösung der Lager 15 000 Menschen entlassen, 10 000 als bereits Verurteilte den DDR-Behörden übergeben.

Wer war Häftling in diesen Lagern? Aus sowjetischen und sächsischen Archiven für ca. 120 000 Insassen der Lager ergibt sich folgendes Bild: Die große Mehrzahl der häufig vornehmlich älteren Inhaftierten waren Mitglieder oder einfache Funktionäre der NSDAP oder ihrer Gliederungen HJ, BDM, Volkswohlfahrt. Ihnen, so lassen sowjetische Haftakten erkennen, wurden keinerlei strafrechtlich relevante Vorwürfe gemacht. Die jüngeren Inhaftierten der HJ und des BDM wurden als ‚Werwölfe‘ bzw. als Partisanen verhaftet. Ein relativ kleiner Teil von ca. 10 Prozent der Insassen gehörte zum Sicherheits- und Repressionsapparat der NS-Diktatur, etwa als Polizei-, Gestapo-, Abwehr- oder SD-Angehörige. Haftgründe für mögliche Kriegsverbrecher könnten für ca. 2 Prozent der Inhaftierten vorgelegen haben.“

Während und nach dieser Rede konnte man den Eindruck gewinnen, daß eine ganze Reihe von Zuhörern wenig oder gar nichts von der zweiten Nutzung des Konzentrationslagers und den grausamen Haftbedingungen und -abläufen im Zeitraum von 1945 bis 1950 wußte.

Nach der Ansprache gingen die Teilnehmer zur 4. Station: an der Station Z. Sie sangen „Christi Mutter stand mit Schmerzen bei dem Kreuz und weint von



Foto: Manfred Kuntze
Sühnekreuzweg in Sachsenhausen 2015.

Herzen“. 5. Station: die Gedenksteine vor dem ehemaligen KZ. Dort erklang das Lied „Von guten Mächten treu und still umgeben“.

Wie im Vorjahr nahmen Manfred Kuntze und ich als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. an diesem Kreuzweg teil. Wir wollen uns auch an den Vorbereitungen für den Kreuzweg 2016 beteiligen.

Hanns Osterloh

Thüringer Abgeordneten-Überprüfung

Der Freiheit e.V. Förderverein Andreasstraße hat eine Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Überprüfung von Abgeordneten abgegeben.

„Eine Verlängerung des Thüringer Abgeordnetenüberprüfungsgesetzes bis zum Ablauf der 7. Wahlperiode des Thüringer Landtages im Jahre 2024 ist aus Sicht des Freiheit e.V. Förderverein Andreasstraße notwendig und richtig. Die Erschließung der Stasi-Akten ist noch nicht abgeschlossen, und es wird noch viele Jahre dauern, bis das DDR-Unrecht umfassend aufgearbeitet ist. Immer wieder, auch durch modernste wissenschaftliche Methoden der Aktenaufarbeitung werden bei neuen Erkenntnissen Verstrickungen mit dem MfS und K1 aufgedeckt. Diese Aufklärung soll auch noch über die 6. Legislaturperiode hinaus möglich sein. Es wäre ein falsches Signal für die Gesellschaft, Überprüfungszeiten der Abgeordneten zu verkürzen. Der Aufarbeitungsprozeß in der Gesellschaft würde empfindlich gestört, wenn

politische Biographien der Parlamentarier und mögliche Verstrickungen mit dem MfS und K1 nicht mehr überprüft würden.

„Parlamentsunwürdig‘ ist ein nicht bestimmter Rechtsbegriff und hat keine rechtlichen Folgen. Abgeordnete, die sich in der DDR massiv dem MfS oder der K1 der DVP freiwillig zur Verfügung gestellt haben und anderen nachweislich schweren Schaden zufügten, haben eine moralische Verantwortung zu übernehmen, und dies sollte in einem Parlament Würdigung finden. Somit ist der Begriff ‚parlamentsunwürdig‘ auch heute noch aktuell, da es mindestens zwei Abgeordnete im Parlament gibt, die dies erfüllen könnten.

Die geplanten Änderungen im Thüringer Abgeordnetengesetz werden in den Medien und damit auch in der Öffentlichkeit ein steigendes Interesse finden, denn es sind die Vertreter der parlamentarischen Demokratie, deren politische Biographien geprüft und bewertet werden oder auch

nicht. Das Verhalten in einer Diktatur und gegebenenfalls Verstrickungen mit dem MfS und K1, so[wie] die Darstellung von Nichtachtung der Menschenwürde und Menschenrechtsverletzungen und Widerstand in verschiedenen politischen Systemen, ist ein grundlegendes demokratisches Instrument. Auch für die weitere Geschichtsaufarbeitung ist es aus Sicht des Freiheit e.V. Förderverein Andreasstraße notwendig, an der Feststellung der Parlamentsunwürdigkeit festzuhalten.[...]

Roland Lange, Mitglied des Vereins und Jurist, hatte darüber hinaus festgestellt, daß belastete Abgeordnete wie Kuschel oder Leukefeld nicht in den Landtag gehörten. Das Argument der erfolgten Wahl greife schon deshalb nicht, weil Kuschel nicht direkt gewählt worden, sondern über die Liste der Linken in den Landtag gekommen sei. Das Argument der „Weißwäsche“ durch Wahlen verfange daher nicht, wenn die Linke von der Bevölkerung ernstgenommen werden wolle. 🇩🇪

Neuer Vorstand

Am 10. April fand im Kulturbahnhof Stollberg die jährliche Mitgliederversammlung des Fördervereins Gedenkstätte Stollberg – Frauenhaftanstalt Hoheneck e.V. statt.

Weil seit der Gründung des Vereins inzwischen drei Jahre vergangen sind, stand auf der Tagesordnung auch die erste Neuwahl des Vorstandes nach Gründung des Vereins. Die Vereinssatzung schreibt die Vorstandswahl nach drei Jahren vor.

Nach Rechenschaftsbericht und Finanzbericht erfolgte die Entlastung des Gründungsvorstands. Zur Wahl für den neuen Vorstand traten sowohl neue Kandidaten als auch Kandidaten aus dem bisherigen Vorstand an.

Gewählt wurden in den Geschäftsführenden Vorstand: Dietrich Hamann – Vorsitzender, Uta Windisch – Stellvertretende Vorsitzende, Wolfgang Grabner – Schatzmeister.

In den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Kathleen Roskosch – Schriftführerin, als Beisitzer Mechthild Günther, Marco Wanderwitz, Marcel Schmidt, Reiner Kunz, Yves Schlegel

Förderverein Gedenkstätte Stollberg – Frauenhaftanstalt Hoheneck e.V.

Suchanzeigen

Forschungsprojekt sucht weitere Zeitzeugen

Deutsche Bahn läßt Häftlingsarbeit in der DDR aufarbeiten

Ein Gefängniswagen aus Zeiten der DDR-Reichsbahn ist in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, dem ehemaligen Untersuchungsgefängnis der Stasi, zu besichtigen. Er steht dort als ein Symbol für die Strafverfolgungspraxis in der DDR. Gerade für die aus politischen Gründen Inhaftierten stand die Fahrt mit dem Wagen am Anfang einer tiefen Demütigung und Ungewißheit über ihr zukünftiges Leben.

Der Zellenwagen war nicht der einzige Berührungspunkt von Gefangenen mit der Reichsbahn. Seit den 1950er Jahren mußten Gefangene für die Reichsbahn arbeiten.

Aktuelle Studien erwähnen die Arbeit auf Jochmontageplätzen oder im Gefängnis

Brandenburg-Görden. Die DDR nutzte Gefangenenarbeit für die Reichsbahn genauso wie für die volkseigene Textil-, Elektro- und Chemieindustrie oder den Möbelbau, um den Arbeitskräftemangel auszugleichen oder Devisen zu erwirtschaften. Das traf unterschiedslos Schwerverbrecher und politische Gefangene.

Im Herbst 2014 hat die Deutsche Bahn bei unabhängigen Historikern eine Studie in Auftrag gegeben, die fragt: Wo, wann und unter welchen Bedingungen wurde für die Deutsche Reichsbahn in der DDR Gefängniszwangsarbeit geleistet? Bisher gab es zu diesem Thema noch keine wissenschaftlich fundierte Arbeit.

Das Forschungsprojekt wird von der Konzerngeschichte der DB koordiniert und betreut. Dabei zeichnet sich schon jetzt ab, daß die in den Archiven überlieferten Akten kein vollständiges Bild ergeben. Deswegen ist das Forschungsprojekt auf Zeitzeugen angewiesen, die Hinweise auf die Gefangenenarbeit für die Deutsche Reichsbahn geben können.

Die Informationen werden absolut vertraulich behandelt. Kontakt: Susanne Kill, Leiterin Konzerngeschichte, Tel. (030) 296-611 78, E-Mail Susanne.Kill@deutschebahn.com

Dr. Susanne Kill

Zwangsarbeit Braunkohle und Hoheneck/westliche Handelsketten

Sehr geehrte Zeitzeugin, sehr geehrter Zeitzeuge,

waren Sie in der DDR in einer Strafvollzugseinrichtung oder in einem Arbeitskommando inhaftiert und haben in der Braunkohle gearbeitet? Ich habe die Nachfolgefirmen Vattenfall und MIBRAG angeschrieben. Vattenfall bemüht sich derzeit um eigene Erkenntnisse. Die MIBRAG sieht sich als nicht verantwortlich.

Um in den Gesprächen weiterzukommen, bitte ich Sie um genauere Auskünfte.

– In welchem Bereich haben Sie Zwangsarbeit geleistet? Tagebau, Gleisbau, Kohle-Industrie (möglichst mit Jahr und Name des Tagebaus, des Betriebes)

– Beschreiben Sie die Arbeitsbedingungen. Haben Sie dazu schriftliche Unterlagen?

– Haben Sie irgendwann (nach Ihrer Haftentlassung) versucht, die Presse oder Politiker im Westen schriftlich von dieser Zwangsarbeit in der Braunkohle zu informieren?

– Haben Sie (nach Ihrer Haftentlassung) möglicherweise Fotos gemacht?

Waren Sie in der Strafvollzugsanstalt Hoheneck inhaftiert und haben möglicherweise für Esda gearbeitet? Ich habe eine Reihe von westlichen Kaufhausketten angeschrieben, in denen Feinstrumpfhosen und andere Textilien von Esda verkauft wurden. Die bisherigen Antworten sind sehr unbefriedigend. Zwar verurteilen alle, die geantwortet haben, die Zwangsarbeit in der DDR, behaupten aber, nichts gewußt zu haben.

Um in der Sache weiterzukommen, bitte ich Sie um einige genauere Auskünfte.

– Haben sie gewußt, daß Sie für einen westlichen Abnehmer arbeiten? Wenn ja, was haben sie beobachtet? (Hinweise des Personals, Verpackungen oder ähnliches, möglichst mit dem konkreten Markennamen)

– Haben Sie irgendwann einen westdeutschen Transporter innerhalb der Gefängnismauern gesehen? Können Sie sich an Markennamen erinnern?

– Haben Sie irgendwann (auch nach ihrer Haftentlassung) versucht, die westliche Presse, Politiker oder eine Handelskette schriftlich von dieser Zwangsarbeit in Hoheneck zu informieren?

– Gibt es weitere Hinweise, die deutlich machen, daß eine bestimmte Handelskette von der Zwangsarbeit wußte?

Bitte beachten Sie folgendes:

– Versenden Sie keine Originale, sondern ausschließlich Kopien.

– Wichtig sind immer genaue Angaben: Ort, Jahr, Firma

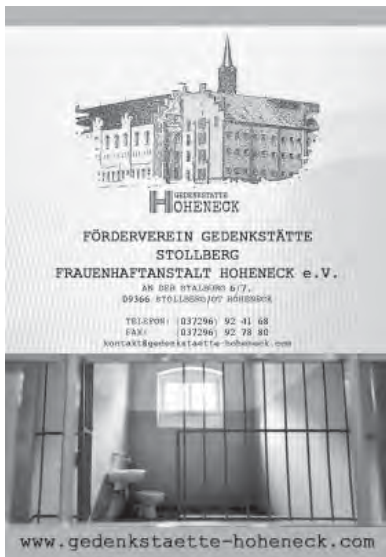
Kontakt: Dr. Christian Sachse, Beauftragter der UOKG zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR, Ruschestra. 103, Haus 1, Z.720, 10365 Berlin, E-Mail zwangsarbeit@christian-sachse.de, Tel. (030) 55 77 96 21, Mobil (0178) 197 49 08

Dr. Christian Sachse

Führungen in Hoheneck

(fv) In der ehemaligen Haftanstalt Hoheneck werden Führungen angeboten, Teilnehmer sind herzlich willkommen.

Eine Anmeldung zu diesen Führungen ist jedoch unbedingt erforderlich.



Die Abbildung kann demnächst auch als Poster erworben werden.

Kontakt: Förderverein Gedenkstätte Stollberg – Frauenhaftanstalt Hoheneck e.V., An der Stalburg 6/7, 09366 Stollberg/OT Hoheneck, Tel. (03 72 96) 92 41 68, Fax (03 72 96) 92 78 80, E-Mail kontakt@gedenkstaette-hoheneck.com

Eintrittspreise: Erwachsene 10,- €, Jugendliche von 15 bis 18 Jahren, Studenten und Behinderte 8,- €, Hartz-IV-Empfänger, Kinder von 10 bis 14 Jahren 5,- €, Kinder unter 10 Jahren frei

Radio-Feature

Am 9. Juni 2015 wird um 19.15 Uhr das Radio-Feature „Kinderleben im preußischen Gefängnis. Ehemalige Zöglinge des Durchgangsheims Bad Freienwalde fordern Rehabilitation“ im Deutschlandfunk gesendet, Länge ca. 45 Minuten.

Abschied

Am 31. März 2015 ist Benno Prieß in Calw gestorben. 1928 in Bützow geboren, wurde er 1946, ohne unter Folter etwas gestehen zu können, als angeblicher „Werwolf“ zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Er kam erst nach fast acht Jahren in verschiedenen Lagern und Gefängnissen im Januar 1954 frei. Bald flüchtete

er in den Westen, diente ab 1955 beim Bundesgrenzschutz und später bis 1981 bei der Bundeswehr.

Benno Prieß, der am eigenen Körper kommunistischen Terror erlitten hatte, engagierte sich stetig für historische Wahrhaftigkeit. Seine viel gelesenen Bücher „Unschuldig in den Todeslagern des NKWD 1946-1954“ und „Erschossen im Morgengrauen“ zeugen davon. Auch dank seiner Initiative rehabilitierten russische Behörden ab 1994 nachträglich viele verurteilte Jugendliche.

Für die Aufarbeitung kommunistischen Unrechts erhielt Benno Prieß 1994 das Bundesverdienstkreuz am Bande von Bundespräsident Roman Herzog und 2005 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse von Bundespräsident Horst Köhler.

Er war aktives Mitglied der VOS in Baden-Württemberg und leitete bis zu seinem Tode den Waldheim-Kameradschaftskreis. Auch als Mitglied unserer Arbeitsgemeinschaft betätigte er sich.

1958 heiratete Benno Prieß. Aus der Ehe gingen zwei Kinder und fünf Enkel hervor. Seine Frau Helga half ihm in guten wie in schlechten Zeiten – bis zu seinem Ableben – in aufopferungsvoller Weise.

Wir trauern um seinen Heimgang nach einem arbeitsreichen Leben, das zum Ende ein hartnäckiger Kampf gegen die Krankheit war. Benno Prieß setzte mahnende Zeichen für nachfolgende Generationen.

AG Lager Sachsenhausen
1945–1950 e.V.

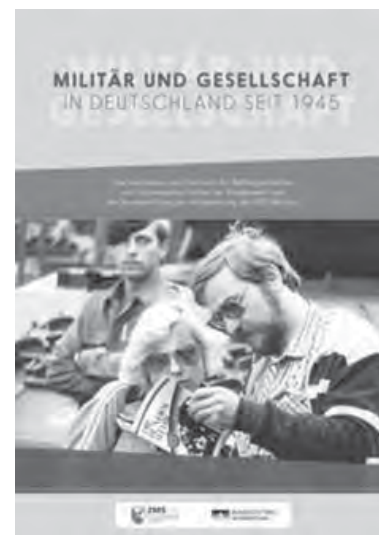
Ausstellung

„Militär und Gesellschaft in Deutschland seit 1945“

Plakatausstellung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und der Bundesstiftung Aufarbeitung

Die Ausstellung wurde aus Anlaß des 25. Jahrestages der deutschen Einheit herausgegeben. Zugleich erinnert sie an die Gründung der Bundeswehr vor 60 Jahren. Die 20 Plakate im DIN-A1-Format umfassende Schau spannt mit ihren Texten sowie mehr als 130 Fotos einen historischen Bogen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute:

Nie wieder. Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg; Ohne mich! Der Weg zur Wiederbewaffnung; Getarnte Aufrüstung. Die militärische Aufrüstung in der DDR; Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen... Die Gründung der Bundeswehr; Den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen... Die Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR; Bündnispartner und Koalitionsarmee. Bundeswehr und NVA im jeweiligen Bündnisystem; Krieg im Frieden. Verteidigungsvorbereitungen im Kalten Krieg; Ungeliebter Dienst. Die allgemeine Wehrpflicht in Ost und West; Beim Bund und bei der Asche. Soldatenalltag in Ost und West; Helfer in der Not. Hilfseinsätze bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen; Athleten in Uniform. Sportförderung durch Bundeswehr und NVA; Fall einer Männerbastion. Frauen in den Streitkräften; Information oder Indoktrination? Militär und Jugend; Spiegel der Gesellschaft? Streitkräfte und gesellschaftlicher Wandel; Frieden schaffen ohne Waffen. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in der DDR; Einsatzbereit. Die NVA in der Friedlichen Revolution; Armee der Einheit. Die Auflösung der NVA und der Aufbau gesamtdeutscher Streitkräfte; Out of area. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr; Freundliches Desinteresse? Bundeswehr und Gesellschaft.



Startplakat der Ausstellung.

Konzeption und Leitung des Ausstellungsprojekts oblagen Oberst

Dr. Sven Lange vom ZMSBw, der gemeinsam mit Dr. Ulrich Mählert, Bundesstiftung Aufarbeitung, die Texte erarbeitete.

Die Ausstellung kann online bestellt werden bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/mugausstellung. Pro Plakatsatz wird eine Schutzgebühr von 35,- Euro erhoben, zuzüglich 5,- Euro Versandgebühr innerhalb Deutschlands, 15,- Euro ins EU-Ausland und 40,- Euro in Staaten außerhalb der EU.

Die Plakate werden gerollt geliefert. Lieferbeginn: Mitte Juni 2015

Sie dürfen nicht umsonst gestorben sein

Anders, als der Titel „Wir liebten nur einen Sommer“ nahelegen mag, geht es nicht um eine bitter-süße Liebesgeschichte mit leidlichem Ausgang, in welcher der gerade noch einmal davongekommene Autor als Großvater dem Enkel spannende Erlebnisse aus seiner Jugendzeit erzählt. Es handelt sich vielmehr um einen Tatsachenbericht über die Zerschlagung einer Jugendgruppe in Werder, die mit selbst getippten Flugblättern gegen die Volkskammerwahl 1950 und den geplanten Abriß von Kirchen



.....
 Sigurd Blümcke: *Wir liebten nur einen Sommer. Jugend, Widerstand und Haftzeit 1944-1952*, Wagner Verlag 2014, 709 S., 26,90 €

und Stadtschloß in Potsdam zu protestieren suchte. Die Zerschlagung erfolgte durch Inhaftierung, Folter, Verhängung von langjährigen zum Teil in Sibirien zu verbüßenden Haftstrafen und – man mag es kaum glauben – Vollstreckung von acht Todesurteilen noch 1952 in Moskau in der berühmten Butyrka. Der Autor Sigurd Blümcke, dem wie durch ein Wunder in Form einer ihm auch heute noch nicht erklärlichen Haftentlassung ein gleiches Schicksal erspart geblieben ist, hat mit diesem Buch nicht nur seiner erschossenen Freunde ehrend gedacht, sondern ein Dokument der Zeitgeschichte gegen das Vergessen geschaffen.

Der schon durch seine Kriegserlebnisse beim Einmarsch der Russen sensibilisierte Autor war zunächst nicht an den politischen Entwicklungen nach Kriegsende interessiert, glaubte jedoch wie seine Freunde an einen Aufbruch in eine andere Zeit, genoß die vermeintlich neue Freiheit, hörte westliche Musik, war ein lebensfroher Jüngling und erlebte seine große Liebe, die ein kurzes Intermezzo bleiben sollte. Als bald nämlich kamen dem Autor und seinen Freunden Schritt für Schritt Zweifel an der Wahrhaftigkeit der SED und dem neuen System. Sie tauschten sich in nächtlichen Gesprächen aus und entdeckten, nachdem ihr Mißtrauen einmal geweckt war, Parallelen zur NSDAP. Die Gruppe zeigte ein für Jugendliche ungewöhnliches Gespür für politisches Geschehen und die Weichenstellung auf eine sozialistische Diktatur.

Es ist bedrückend und beklemmend zugleich, die Schilderungen der Verhöre der Jugendlichen nach ihrer Arrestierung durch den SSD zu lesen. Die Foltermethoden hat der Autor erstaunlich leidenschaftslos nahezu im Sinne einer objektiven juristischen Tatbestandsermittlung beschrieben, als da sind: Schläge, Vernehmung mit auf den Rücken gebundenen Händen, Frieren in der Zelle im Unterzeug nach Wegnahme der Oberbekleidung usw. Die Schilderung wird illustriert durch Zeichnungen des Autors: Folterhocker, Einzelhaft in Block A, Fußwanne einer Stehzelle usw. Unnötig zu erwähnen, daß die Verhörmethoden des MGB (Staatsicherheitsdienst der UdSSR) in der Lindenstraße in Potsdam, soweit Häftlinge diesem übergeben wurden, an Brutalität dem SSD nicht nachstanden. Erpressung von Aussagen durch Anwendung körperlicher Gewalt war auch dort die Regel.

Der durch zahlreiche Zeichnungen, Fotos, Dokumente, Anklageschrift usw. belegte Sachbericht versetzt den Leser zurück in eine Epoche, in der die Weichen für die deutsche Geschichte gestellt wurden und zeigt, zu welchen Mitteln der Unterdrückung die SED zwecks Durchsetzung ihrer Ziele selbst bei Verfolgung von Jugendlichen griff, deren Widerstand nicht etwa in Terrorakten, sondern ausschließlich in dem Versuch der Aufklärung durch Verteilung von gedrucktem Papier bestand.

Die detaillierte Schilderung der Behandlung der Inhaftierten in den Gefängnissen der DDR bzw. der Sowjetunion, die geradezu aberwitzige Prozeßführung durch die sogenannten Gerichte der DDR bzw. des zum Teil eingeschalteten Sowjetischen Tribunals zeigen die Ohnmacht der Opfer, wenn sich eine Diktatur erst einmal etabliert hat. Die Zeitzeugenberichte aus dem Gulag und vor allem die Wiedergabe von letzten Gesprächen aus den Todeszellen gehen unter die Haut.

Der Autor hat seinen Tatsachenbericht über das Schicksal seiner Freunde und sein eigenes Erleben in die Form eines erklärenden Wechselgesprächs von Antworten auf Fragen seines Enkels gefaßt. Das hat den Vorteil, daß er viele seiner Antworten so formulieren mußte, daß sie auch von der nächsten Generation ver-

standen werden. Der Nachteil dieser Form der Darstellung ist ein mögliches Mißverständnis dergestalt, daß hier ein Großvater seinem Enkel von seinen – jedenfalls von ihm glücklich überstandenen – Abenteuern aus der Jugendzeit erzählt, die heute nur noch weit zurückliegende, abgeschlossene Vergangenheit ist. Eine solche Interpretation wäre ein fataler Fehlschluß. In einer Zeit, in der nicht wenige Zeitgenossen Schwierigkeiten sehen, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen, und in der alte Seilschaften hüben und drüben in Verdrängung und Verklärung üben, kommt es darauf an, die Botschaft dieses Buches gegen das Vergessen so zu vermitteln, daß die junge Generation dafür sensibilisiert wird. Die Mahnung, die der Autor im Gedenken an seine Jugendfreunde weitergibt, heißt: Sie dürfen nicht umsonst gestorben sein!

Was hätten die nicht mehr lebenden Mitglieder der Widerstandsgruppe, die 1950 gegen die Volkskammerwahl protestierte, wohl für Empfindungen, wenn sie einerseits hätten erleben können, wie sich die Volkskammer in der ersten freien Wahl vor 25 Jahren selbst und damit auch die DDR abgeschafft, und andererseits, wie 25 Jahre später die DDR nach den Ankündigungen zur diesjährigen Buchmesse in Leipzig „als literarische Realität heim zu kehren scheint, als wäre nichts weiter gewesen, als wäre sie nie entsorgt worden“. („Literarische Welt“ v. 14. März 2015)

Die sterblichen Überreste der in Moskau erschossenen Widerständler wurden 2008 mit Erde von Feld 3 des Donskoje-Friedhofs nach Werder überführt und dort in einer von ihren überlebenden Freunden, darunter der Autor und seine Frau, errichteten Gedenkstätte auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt. Es wäre sicherlich nicht zu viel verlangt, wenn die dafür zuständigen Stellen in Werder nicht nur den dort lebenden Jugendlichen, sondern auch Touristen einen Besuch der bislang wenig beachteten Gedenkstätte zwecks Vervollständigung ihres Bildes von der DDR nahelegen würden.

Jens Nielsen

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 23. und 30. Mai, sowie am 6., 13., 20. und 27. Juni, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Veranstaltungen

21.5. (Do), 19.30 Uhr:

Lesung „Dreizack und Roter Stern. Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine“

von Christiane Schubert u. Wolfgang Templin; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 111/119, 13355 Berlin

26.5. (Di), 18.00 Uhr:

„Herr Hübner und die sibirische Nachtigall“, Buchvorstellung mit d. Autorin Susanne Schädlich; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

26.5. (Di), 19.00 Uhr:

Filmvorstellung **„Meine Oderberger Straße“**, Film von Frey Klier und Nadja Klier (2015); Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

26.5. (Di), 19.00 Uhr:

„1989: Tagebuch der Friedlichen Revolution“, Lesung mit Autorin Vera Lengsfeld im Rahmen der Deutsch-deutschen Lesereihe im Europasaal; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V.; Ort: Europasaal d. Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin

27.5. (Mi), 19.00 Uhr:

Der deutsch-deutsche Umgang mit der Stasi-Hinterlassenschaft 1990, Ref. Dr. Klaus Bästlein, LStU Berlin, Podiumsdiskussion mit Johann Legner, Journalist, Jes Möller, Präsident d. Verfassungsgerichts Brandenburg, Eckart Werthebach, ehem. Berliner Innensenator, Stefan Wolle, Historiker; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

27.5. (Mi), 19.00 Uhr:

„Freiheit heißt, die Angst verlieren“, Verweigerung und Widerstand in der DDR im Bezirk Rostock, Lesung u. Gespräch mit Autor Dr. Christian Halbrock, BStU, Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

28.5. (Do), 18.00 Uhr:

Evakuierung eines Wohngebietes, innerhalb der Veranstaltungsreihe „Lesen aus den Stasi-Akten“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

28.5. (Do), 19.00 Uhr:

„Ratzel speist im Falko.“ Ein Revolutionsstück von Erich Loest, Theateraufführung im Rahmen d. 26. Bautzen-Forums der Friedrich Ebert-Stiftung; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

Das Wüten der Roten Armee 1945

Freya Kliers Buch über den Untergang Königsbergs

Kaum ein Deutscher (die wenigen Betroffenen, die noch leben, ausgenommen), dürfte sich heute an den Untergang der deutschen Provinz Ostpreußen vor 70 Jahren erinnern. Am 13. Januar 1945 begann die Offensive der Roten Armee, die bis 25. April, als die letzten Reste der Wehrmacht im Samland ausgeschaltet waren, andauerte. Die Schlacht um Königsberg wurde vom 6. bis 9. April 1945 auf beiden Seiten mit unglaublicher Härte geführt. Als General Otto Lasch die Kapitulationsurkunde unterzeichnet hatte, begann das Martyrium für die noch verbliebene Zivilbevölkerung unter sowjetrussischer Besatzung: Sinnlose Erschießungen und Folterungen setzten ein, zahllose Frauen wurden Opfer von Massenvergewaltigungen durch enthemmte Rotarmisten. Hungersnöte und Krankheiten dezimierten die Einwohner derart, daß von den 110 000, die beim Kriegsende 1945 noch in der Stadt lebten, im Jahr der Ausweisung 1948 nach Restdeutschland gerade noch 15 000 überlebt hatten.

Diesem Untergang der 1255 vom Deutschen Orden gegründeten Stadt Königsberg hat Freya Klier, die keine Ostpreußin, sondern Sächsin ist und fünf Jahre nach Kriegsende in Dresden geboren wurde, ihr neuestes Buch gewidmet. Dabei fällt auf, daß sie das, was sie dem Leser erzählen will, nicht 1945 im Kriegschaos enden läßt, sondern die Handlung fortführt bis in das Jahr 2014 hinein. Da ist Brigitte Posenke, die als DDR-Lehrerin Russisch unterrichtete und zwischen 2000 und ihrem Todesjahr 2010 mehrmals ihr Heimatdorf besuchte und die heutigen Bewohner ausfragte, die von der sibirischen Halbinsel Kamtschatka, von Irkutsk und Omsk, von Archangelsk und Odessa gekommen waren. Mit wachen Augen bemerkt sie aber auch, wie das Land, das einmal die Kornkammer des Deutschen Reichs gewesen war, zunehmend versteppt: „Anfang der 90er Jahre existierten die Kolchosen noch. Nun gibt es die aber nicht mehr. Die Leute haben einerseits keine Erfahrung mit eigener Landwirtschaft. Und sie haben andererseits kein Geld, um sich irgendwelche Maschinen, Geräte, Dünger und Saatgut zu kaufen. Dieses Jahrhundert alte Kulturland verödet, versteppt. Es ist ein Trauerspiel.“

Die 2014 verstorbene Ostpreußin Karla Bowarzyck lebte in Erfurt, ihre in Estland aufgewachsene Schwester Anne Rekka-

ro, die 1945 aus Königsberg von einer Estin mitgenommen wurde nach Reval, wodurch sie dem Hungertod entging, versucht seit Jahren verzweifelt gegenüber deutschen Behörden den Nachweis zu führen, daß sie geborene Deutsche ist, kann aber keinerlei Unterlagen beibringen. Und da sind noch die beiden Musiker Michael Wieck (1928) und Siegfried Mattus (1934), der eine nach Verfolgung und Lagerhaft am Konservatorium in West-Berlin ausgebildet, der andere an der „Deutschen Hochschule für Musik“ in Ost-Berlin. Beide knüpfen, unabhängig voneinander, auf musikalischem Wege nach 1989/90 Kontakte in die alte Heimat Ostpreußen.

Das erste Kapitel „Sommer 1944“ dieses breiten Panoramas über den Untergang Ostpreußens wirkt auf den Leser wie eine Idylle. Es war der letzte Sommer für die dort lebenden Deutschen, bevor die Rote Armee an

der Reichsgrenze einen Durchbruch erzielte und in Nemmersdorf am 21. Oktober ein entsetzliches Massaker an der Zivilbevölkerung anrichtete. Jetzt begannen die heimlichen Fluchtvorbereitungen, und im Januar 1945 fuhren die ersten Trecks auf dem Landweg oder übers Haff und über die Nehrung westwärts „ins Reich“. Für das, was mit den in Ostpreußen Zurückgebliebenen geschah, hat die Autorin sechs Zeitzeugen gefunden, die damals noch Kinder und Jugendliche waren und die Entsetzliches zu berichten hatten: ihre Leidensgenossen sind zu Hunderten verhungert und erfroren, ihre Mütter und Schwestern wurden Nächte hindurch vergewaltigt. Wer überlebte und 1948 ausreisen durfte, hatte unglaubliches Glück gehabt.

Das ist ein Buch, das kaum auszuschöpfen ist und mit einem Preis gewürdigt werden sollte.



Freya Klier: *Wir letzten Kinder Ostpreußens. Zeugen einer vergessenen Generation*, Herder-Verlag, Freiburg 2014, 448 S., 22,99 €

Forelle grau

„OL ist der lebendige Beweis: Humor und Witz, komisches Talent eben, ist keine Gabe, sondern Notwehr.“ OL ist der Comiczeichner und Karikaturist Olaf Schwarzbach, und über ihn sagt dies die wunderbare Schriftstellerin Katja Lange-Müller, der es auch nicht an Humor mangelt und die deshalb weiß, wovon sie spricht.

„Forelle grau. Die Geschichte von OL“ ist autobiographisch. Olaf Schwarzbach erzählt von seinem Leben in der DDR – in



.....
Olaf Schwarzbach: *Forelle grau. Die Geschichte von OL*, Berlin Verlag, Berlin 2015, 314 S., 19,99 €

Potsdam und Ost-Berlin. Er wächst in der Familie seiner Tante auf, die Mutter hat sich kurz vor seinem dritten Geburtstag umgebracht. Diese biographische Hypothek ist scheinbar nicht dazu angetan, komisches Talent zu entwickeln. Oder eben doch. Schwarzbach absolviert eine Lehre als Offsetdrucker, arbeitet im Dreischichtsystem, findet später in Berlin eine Stelle als Kupfertiefdrucker beim DDR-Kunsthandel und beginnt zu zeichnen.

..... Er lebt mittlerweile im Prenzlauer Berg, es sind die 80er Jahre. Wie schon in Potsdam, verfallen auch dort die Häuser, sind teilweise nicht mehr bewohnbar. Das arbeitende Volk sieht so trist und grau aus wie seine Umgebung. Obgleich verboten, wächst die Hausbesetzerzene. In allen Schichten der Bevölkerung fließt der Alkohol in Strömen, in der subkulturellen besonders.

Schattenwirtschaft und Naturalientausch blühen, Kultur und Kunst, die den drögen staatlichen Normen nicht entsprechen bzw. den Herren der Norm nicht passen, weichen in Privatwohnungen aus. Es entsteht eine Nischenszene alternativer Ausstellungen, Lesungen und Diskussions-

kreise am Rande der Legalität. Weil in der DDR die Arbeitspflicht gilt, entwickeln sich vielfältige, phantasievolle Strategien, um den sogenannten Assi-Paragraphen zu umgehen, denn ohne „geregelt Arbeit“ (was Arbeit ist, bestimmt der Staat) handelt man sich schnell das Stigma der Asozialität ein und ist von Festnahme bedroht.

Olaf Schwarzbach fängt bereits in der Schule an, auf ideologische Inanspruchnahme allergisch zu reagieren. Er ist kein Widerstandskämpfer, aber entwickelt früh einen Instinkt für die Lächerlichkeit des Bombasts, mit dem die Partei- und Staatsführung alle Lebensbereiche der Bevölkerung zu reglementieren versucht. Er entzieht sich, so gut er kann. Natürlich ist allein das schon verdächtig. So wird die Operative Personenkontrolle (OPK) „Forelle“ über ihn angelegt. Schwarzbach findet sie später in seiner Stasi-Akte und verwendet einzelne Dokumente in „Forelle grau“. Er tut es so gekonnt, daß ein herausragendes Beispiel für literarische Verarbeitung entstanden ist. Denn er illustriert nicht, sondern schreibt die Geschichte damit fort. Die Belege seiner Überwachung sind Collageteile im Gang der Erzählung. Auf ihn angesetzte Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit benennt er nicht, doch im Kontext der Akten erschließen sie sich gelegentlich.

OL erhebt keinen Anspruch darauf, daß „es so war“, er schildert, wie er diese Zeit erlebte. Überhaupt wertet er wenig, tritt sich mit Selbstironie gegenüber und macht sich nicht nur über Polizei und Stasi, sondern auch schon mal über die „bierernsten Ökos“ und die Bürgerrechtler lustig. Ohne Schaum vor dem Mund nennt er Schikanen und Repression aber beim Namen. Sein Humor changiert zwischen subtil und schreiend komisch. Manchmal kalauert es vergnüglich.

Das Buch ist ein Beweis mehr dafür, daß die Staatsfeinde der DDR vor allem hausgemacht waren, nicht zuletzt durch die tief-sitzende Angst der Oberen vor Kreativität überhaupt. Es endet, als Olaf Schwarzbach mit knapp 24 Jahren gezwungenermaßen in den Westen geht. In diesem Alter fängt für viele das Leben erst an, OL hat da schon ein sehr bewegtes hinter sich. Das Lektorat Katja Lange-Müllers war dem Text sicher zuträglich und darf als heimliches Gütesiegel angesehen werden. Eines der besten Bücher über die DDR – Chapeau, OL!

Rosa Gertrud Röder

Veranstaltungen

28.5. (Do), 19.00 Uhr:

Bärbel Bohley „Englisches Tagebuch 1988“, szenische Lesung mit Wiebke Frost u. Inés Burdow; Veranstaltung d. Zeit-geschichte(n) e.V. u.a.; Ort: Pusch-Kino, Kardinal-Albrecht-Str. 6, 06108 Halle/Saale

2.6. (Di), 19.00 Uhr:

Verletzte Seelen, Ref. Dr. Karl-Heinz Bomberg u. Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Psychotherapeuten u. Herausgeber d. Sammelbandes „Verborgene Wunden“; Veranstaltung d. DDR-Museums Berlin; Ort: DDR-Museum Besucherzentrum, St.-Wolfgang Str., 10178 Berlin

8.6. (Mo), 19.00 Uhr:

„Generation Mauer. Ein Porträt“, Lesung mit Autorin Ines Geipel im Rahmen der Deutsch-deutschen Lesereihe im Europasaal; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V.; Ort: Europasaal d. Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin

9.6. (Di), 18.00 Uhr:

„Jonušas – Himmel und Hölle sind mein“, Filmvorstellung mit dem Kieler Dokumentarfilmer Helmut Schulzeck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

9.6. (Di), 18.00 Uhr:

Bewaffneter Friede. Die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Erinnerungsort DDR. Alltag – Herrschaft – Gesellschaft“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.6. (Di), 19.15 Uhr:

Radio-Feature **„Kinderleben im preußischen Gefängnis**. Ehemalige Zöglinge des Durchgangsheims Bad Freienwalde fordern Rehabilitierung“; Sendung d. Deutschlandfunks, Länge ca. 45 Minuten

11.6. (Do), 19.00 Uhr:

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister, Prof. Dr. Werner Abelshäuser, Universität Bielefeld, Dr. Norbert Blüm, 1982–98 Bundesarbeitsminister, Prof. Dr. Richard Schröder, 1990 SPD-Fraktionsvorsitzender i.d. Volkskammer, Werner Schulz, 1990 Volkskammerabgeordneter Bündnis 90; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Bundesministerium für Wirtschaft u. Energie, Eichensaal, Scharnhorststr. 34–37, Berlin-Mitte

13.6. (Sa), 18.00–24.00 Uhr:

Die letzten Tage der DDR, Sonderführungen und Dokumentarfilme zur Langen Nacht der Kultur in Bautzen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

Da lacht der Klassenfeind

„Er betrieb seit 1947 systematisch Hetze gegen die DDR, SU und KPdSU und deren Führer.“

(aus einem IM-Bericht)



Noch einmal: Häftlingsfreikauf

17.6. (Mi), 10.00–19.00 Uhr:
62 Jahre Volksaufstand in der DDR,
 Öffentliche Führungen um 14.00,
 16.00 u. 18.00 Uhr; Veranstaltung d.
 Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkst-
 ätte Lindenstraße, Lindenstr. 54,
 14467 Potsdam

23.6. (Di), 18.00 Uhr:
**„Wir wollten was tun! Werderaner Ju-
 gendliche leisten Widerstand 1949–53“**,
 Präsentation von Dokumentarfilm und
 Buch mit der Autorin Dr. Iris Bork-
 Goldfield, USA; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des
 Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek,
 Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

23.6. (Di), 19.00 Uhr:
**„Treffpunkt '89. Von der Gegenwart
 einer Epoche zur Ära“**, Lesung mit dem
 Autor Marko Martin im Rahmen der
 Deutsch-deutschen Lesereihe im Eu-
 ropasaal; Veranstaltung d. Deutschen
 Gesellschaft e.V.; Ort: Europasaal d.
 Deutschen Gesellschaft e.V., Voß-
 str. 22, 10117 Berlin

29.6. (Mo), 18.00 Uhr:
„Erschossen in Moskau...“ Die deut-
 schen Opfer des Stalinismus auf dem
 Moskauer Friedhof Donskoje 1950-
 1953, Kurzvortrag u. Ausstellungsrund-
 gang mit Dr. Ines Reich, Gedenkstätten-
 leiterin; Veranstaltung d. Gedenk- u.
 Begegnungsstätte Leistikowstraße Pots-
 dam; Ort: Gedenk- und Begegnungs-
 stätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

30.6. (Di), 18.00 Uhr:
 Filmvorführung **„Die Kinder der Erschos-
 senen. Begegnungen an einem Moskauer
 Massengrab“** (Regie: Peter Grimm, MDR
 2005), Podiumsdiskussion „10 Jahre
 Gedenkstein auf dem Friedhof Donskoje – Bilanz und Perspektiven deutsch-russischer Erinnerungsarbeit“, mit Dr. Helmut Domke, Vorstandsvorsitzender d. Stiftung West-Östliche Begegnungen, Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Mitglied d. Gemeinsamen Kommission f. d. Erforschung d. jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin d. Bundesstiftung Aufarbeitung, Sonja u. Hartmut Kurtze, Angehörige d. 1951 in Moskau erschossenen Roland Kurtze, Matthias Platzeck (angefragt), Elena B. Zhemkova, Geschäftsführerin Memorial Moskau e.V.; Veranstaltung d. Gedenk- u. Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

Theateraufführungen

„Krokodil im Nacken“

nach einem Roman von Klaus Kordon
 mit der Drehbühne Berlin

Ort: Gedenkstätte Berlin-Hohenschön-
 hausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin,
 Ticketverkauf u. Reservierungen un-
 ter Tel. (030) 47 99 74 99; Termine:
 21.5.2015 – 19.00 Uhr, 22.5.2015 –
 10.00 Uhr, 3.6. bis 6.6.2015 – 19.00
 Uhr, 7.6.2015 – 11.00 Uhr, 10.6. bis
 12.6.2015 – 19.00 Uhr

Fast zeitgleich erschienen 2014 zwei Dis-
 sertationen über den Häftlingsfreikauf, die
 beide umfangreich und auf hohem wis-
 senschaftlichen Stand sind. Die Arbeit von
 Dr. Alexander Koch wurde an dieser Stelle
 (Ausg. 2/2015) bereits besprochen. Schon
 im Titel seines Buches „Der Häftlingsfrei-
 kauf aus der DDR 1962/63-1989“ grenzt
 der zweite Autor, Jan Philipp Wölbern,
 den zeitlichen Umfang ein. Denn immer
 wieder kommt es zu Unklarheiten, wann
 genau diese „Besonderen Bemühungen“
 begannen. In acht Kapiteln wird sehr über-
 sichtlich der Menschenhandel der DDR dar-
 gestellt, der bis heute oft noch unkritisch
 gesehen wird, was sich besonders in der
 Person des östlichen Verhandlungspartners
 manifestiert. Wölbern bezieht da eindeutig
 Stellung, wo es um Wolfgang Vogel geht,
 der durchaus ein wichtiger Mittäter in der
 Struktur der SED-MfS-Diktatur war. Es wird
 deutlich herausgearbeitet, daß die Bundes-
 regierung erpreßt wurde und im Sinne des
 Grundgesetzes eine Mitverantwortung für
 die „Insassen der DDR-Diktatur“ (wie es
 Joachim Gauck drastisch formulierte) trug.

Besonders positiv fallen auf ein Namensver-
 zeichnis mit umfangreichem Anhang und
 der sachlich-wissenschaftliche Ton, in dem
 das Werk gehalten ist. Gleichzeitig ist es
 spannend zu lesen. Hier wird keine Legen-
 denbildung betrieben, sondern alle Fakten
 sind sorgfältig untersucht und abgesichert.
 Bedauerlich bleibt, daß dem Autor der Zu-
 gang zu einigen Archiven nicht gewährt
 wurde, weil die Veröffentlichungsfristen im
 staatlichen Bereich teilweise weit über 30
 Jahren liegen. Auch den Zugang zu Vogels
 Privatarchiv hat die Witwe nicht gestattet.
 Anderen wurde er großzügig gewährt, die



.....
 Jan Philipp Wölbern: *Der Häftlingsfreikauf
 aus der DDR 1962/63-1989*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014, 563 S.,
 39,99 €

allerdings strickten an der „Vogel-Legende
 des guten Mannes aus der Reiler Straße“
 mit. Es bleibt zu hoffen, daß auch in Zukunft
 junge engagierte Historiker wie Jan Philipp
 Wölbern in diesem Bereich forschen. Das
 Buch ist schon jetzt ein Standardwerk, es
 wird das Niveau weiter bestimmen und ist
 besonders empfehlenswert.

Anton Odenthal

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am
 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula
 Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am
 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am
 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni,
 Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla
 am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut
 Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni,



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist, Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, Mo–Fr, 12–14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische
 Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und
 Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit
 mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle
 („Fonds Heimerziehung“)
 Tel. (030) 57 79 92 01
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
 Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische
 Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Johannes Adler, Heinz Assig, Klothilde Baier, Uwe Behne, Ludwig Börner, Brigitte und Kurt Eisenblätter, Hans Engelke, Klaus Fehrmann, Ursula Feustel, Anita Goßler, Dr. Werner Gruhn, Wolfgang Haars, Wilfried Härtel, Karl-Heinz Hoffmann, Rainer Hohmuth, Horst Kaczmarek, Dr. Eberhard Kempf, Harry Kirsten, Gerhard Knorr, Heinz Kos, Kurt Kugler, Manfred Langkath, Peter Menzel, Lotte Ohnezeit, Erhard Rade-stock, Uwe Reinhardt, Ingeborg Reuter, Ingrid Schmidt, Marianne Schmidt, Roland Schmiedicke, Siegbert Schmolke, Gerhard Schön, Eckhard Serick, Dr. Thomas Smolin, Norbert Sommer, Günter Stark, Christoph Wesselhöft, Gisela Wollscheid

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Angst war die einzige Produktion, die im Sozialismus ihren Plan erfüllt hat, wahrscheinlich übererfüllt.

Herta Müller

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Vorstandsbeauftragte:

Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,

E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,

IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinntstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 4. Mai 2015

